VON GRUND AUF GRÜN.

WEGE ZUR KLIMANEUTRALEN GEMEINDE.

FREDA
DIE GRÜNE ZUKUNFTS AKADEMIE

GRÜNER KLUB
IM PARLAMENT

FREDA

DIE GRÜNE
ZUKUNFTS
AKADEMIE

FREDA.AT

ZUR
FÖRDERUNG
POLITISCHER
BILDUNG
& KULTUR

VON GRUND AUF GRÜN.
WEGE ZUR KLIMANEUTRALEN GEMEINDE.

VORWORT 4
Elisabeth Götze

EDITORIAL 6
ÖKOLOGISIERUNG VON GRUND AUF: GRÜNES ENGAGEMENT FÜR RESILIENZ & KLIMAGERECHTIGKEIT!
Dagmar Tutschek

LEBENSRÄUME. 8
RAUMPLANUNG IN DER GEMEINDE

BLÄTTERDÄCHER FÜR ALLE. 21
BAUMSCHUTZ AM BEISPIEL DORNBIRNS.
Juliane Alton

MIT GANZER ENERGIE. 24

DEN HOHEN STROMPREISEN UND DER KLIMAKRISE EIN SCHNIPPCHEN SCHLAGEN. 43
Michael Sigmund

ALLES IN BEWEGUNG. 46

VERKEHR GANZ NEU IN GLEISDORF 65
Katharina Schellnegger

WIE SCHMECKT GUTE POLITIK? 68

EIN GUTER BODEN 87
Felix Hechtl

EXKURS 1. 91
FÜRS LEBEN LERNEN – DIE KLIMA-AKADEMIE PARIS

EXKURS 2. 97
NACHHALTIGE BESCHAFFUNG

LIEBE GEMEINDEPOLITIKER:IN,

eine Broschüre über den Klimaschutz unserer und für unsere Gemeindepolitiker:innen? Als ich von der Idee der Freda erfuhr, war ich begeistert ... Klimaschutz zählt zu unseren wichtigsten Aufgaben, damit wir unseren Kindern eine gute Welt hinterlassen können.

Natürlich brauchen wir die passenden gesetzlichen Regelungen, um den Klimaschutz voran zu treiben... und an denen arbeiten wir im Rahmen unserer Regierungsbeteiligung intensiv: Klimaticket und Ausbau der Öffis, Erneuerbaren Ausbau-Gesetz, „Umweltförderungen", ökosoziale Steuerreform mit dem Klimabonus und vieles mehr ... Ebenso wichtig ist aber unser Engagement in den Gemeinden, in den Städten! Denn die Gesetze und Förderangebote sind vielfach nur die Hülle, die wir mit Leben füllen müssen – von der Energiegemeinschaft über die Streuobstwiese bis zum E-Fahrtendienst ... und die Aktivitäten vor Ort haben auch Vorbildwirkung für die Bürger:innen.

Von Euren vielfältigen Initiativen und Aktivitäten bin ich immer wieder begeistert – danke dafür! Um aufzuzeigen, was alles möglich ist, und Euch zu ermutigen, holen wir auf den folgenden Seiten einige Projekte vor den Vorhang. Die Bandbreite ist groß, manches wohl nur im Rahmen einer Regierungsbeteiligung umsetzbar, anderes auch als Opposition ...
Die Erfahrung zeigt: es ist entscheidend, dass eine oder mehrere Personen für das Thema Klimaschutz verantwortlich sind – in der Ortsgruppe und nach Möglichkeit auch in der Gemeinde!
Die Broschüre ergänzt bestehende Angebote, wie beispielsweise jene von Klimaaktiv sowie Klimabündnis Österreich; bestimmte der hier nur

angerissenen Themen werden dort vertiefend dargestellt. Es gibt zahlreiche Förderungen zur Unterstützung Eurer Klimaschutzaktivitäten in Gemeinden. Links zu diesen und weiteren Themen findet Ihr rechts.
Auf Initiative unserer Klimaschutzministerin Leonore Gewessler hat Österreich sich zum Ziel gesetzt, bis spätestens 2040 klimaneutral zu sein. Das ist ambitioniert aber notwendig, um unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft erhalten zu können. Als Gemeindepolitiker:innen können wir dazu viel beitragen und haben daher eine besondere Verantwortung.

Viel Erfolg und Freude am Weg zu Eurer klimaneutralen Gemeinde wünscht Euch

Elisabeth Götze
Sprecherin für Gemeinden und Städte (sowie Wirtschaft und Innovationen) des Grünen Klubs im Nationalrat

PS:
Ich freue mich über Eure Nachrichten, über erfolgreich umgesetzte Projekte, Hürden, die es zu beseitigen gilt, Vorschläge und Fragen an:
elisabeth.goetze@gruene.at

Unser Klima-ABC mit Erklärungen zu wichtigen Begriffen:
www.gruene.at/klima-abc/

Übersichtsbroschüre zum Klimaschutz in Gemeinden:
www.klimaaktiv.at/service/publikationen/klimaaktiv/angebotegemeinden.html

Themenübersicht und diverse Detailbroschüren zum Klimaschutz in Gemeinden:
www.klimaaktiv.at/gemeinden.html

Leitfaden zum Klimaschutz in Gemeinden:
www.klimabuendnis.at/leitfaden

Alle Infos zu Umweltförderungen für Gemeinden:
www.umweltfoerderung.at/gemeinden.html

Mission klimaneutrale Kommune:
nachhaltigwirtschaften.at/de/sdz/themen/klimaneutrale-stadt.php

EDITORIAL

ÖKOLOGISIERUNG VON GRUND AUF: GRÜNES ENGAGEMENT FÜR RESILIENZ & KLIMAGERECHTIGKEIT!

Orte der Hoffnung. Nicht nur die Pandemie hat deutlich gezeigt, dass die Kommunen bei der Bewältigung einer Krise in der vordersten Reihe stehen. Bundes- oder landesweite Maßnahmen müssen auf lokaler Ebene umgesetzt werden und betreffen Bürgerinnen und Bürger direkt.

Corona und die durch den Angriffskrieg Russlands in der Ukraine ausgelöste multiple Krise wurden zum Abbild für die Anfälligkeit unserer Gesellschaft, die auf solche Krisen nur ungenügend vorbereitet ist. Veränderte Arbeitsbedingungen, rasant ansteigende Kosten für Energie, Wohnen und Ernährung haben die dringend notwendigen Antworten auf den Klimawandel in der Lebensrealität der Menschen in den Hintergrund gerückt. Städte und Gemeinden können hier Orte der Hoffnung werden, ihnen kommt eine spezifische Rolle zu:

Resiliente Gemeinden und Regionen haben das Potenzial, künftige Schocks aufzufangen, sich von den Folgen zu erholen und gut vorbereitet zu sein – während sie sich weiterhin anpassen und ihr unmittelbares Lebensumfeld auf nachhaltige Weise umgestalten. Resiliente Gemeinden und Regionen übernehmen Verantwortung und arbeiten auf Augenhöhe mit ihren Bewohner:innen, Unternehmen und Institutionen zusammen, um innovative Lösungsmodelle für die Auswirkungen von Klimawandel, Urbanisierung und Globalisierung zu finden. Das beginnt mit oft einfachen Maßnahmen im Kleinen – und hat langfristig die Kraft, den notwendigen Wandel zu widerstandsfähigen

und klimagerechten Kommunen und Regionen voranzutreiben.

Von Grund auf Grün. In später Rechtfertigung treffen hier die Grünen Grundwerte, im politischen Alltagsgeschäft der vergangenen Jahrzehnte viel zu oft als utopisch belächelt, auf das mittlerweile auch auf EU-Ebene verankerte Konzept des „Gerechten Wandels“ („Just Transition“), mit dem sichergestellt werden soll, dass der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft sozial gerecht verläuft und niemand zurückgelassen wird.

Ökologisch, solidarisch. Umgelegt auf Gemeinden und Regionen kommt dem Begriff der „Sorge“ zentrale Bedeutung zu: Sorge für ein solidarisches Miteinander und für den gemeinsamen Lebensraum (der Mensch, Tier und Pflanze mit einbezieht), für eine gesicherte Nahrungsmittel- und Energieversorgung (z.B. farm-to-fork Modelle, Energiegemeinschaften), für eine ernsthafte Ökologisierung der regionalen Wirtschaft, für faire Arbeitsteilung in der Region, für neu gedachte Mobilität und ebensolche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten über alle Altersstufen hinweg.

In diesem Sinn soll diese Broschüre Anregung und Vernetzung bieten – und Mut machen auf dem gemeinsamen Weg zu DEINER klimaneutralen, resilienten Gemeinde!

Dagmar Tutschek
FREDA – Die Grüne Zukunftsakademie zur Förderung politischer Bildung & Kultur

P.S.: Zu weiterführender Literatur siehe Links auf Seite 99.

LEBENSRÄUME.
RAUMPLANUNG IN DER GEMEINDE

Das Aussehen einer Gemeinde entsteht nicht zufällig. Es wird von den Bürger:innen und den politisch Verantwortlichen bestimmt. Dies sollte das Ergebnis sorgfältiger Planung sein. Leitmotive dabei: Höchste Lebensqualität für alle und der Klimaschutz.

Lange Jahre bestimmten Wachstumsglaube und technische Machbarkeiten die Planung in den Gemeinden. Mehr Bürger:innen, mehr Häuser, größere Betriebe, breitere Straßen, Parkplätze statt Parkanlagen. Ohne Rücksicht auf natürliche Ressourcen wurden Lebensräume und oftmals auch gewachsene Strukturen in blindem Fortschrittsglauben zerstört. Fachmarktagglomerationen entstanden auf vormaligen Äckern an der Umfahrungsstraße, während die Ortskerne verkümmerten. Für den Einkauf wird das Auto benötigt. Auch Wohnbau und Grünflächengestaltung orientierten sich zunehmend an Kriterien technischer Neuerungen. In ihren schlimmsten Ausprägungen sind das gleichförmige Einfamilienhaussiedlungen mit Schottergärten auf der Straßenseite, großen Garagenanbauten und überdüngten robotergemähten Rollrasenflecken rund um den Swimmingpool hinterm Haus. Den Zaun zum Nachbarn ziert eine PVC-Plane in Heckenoptik. Pflegeleicht.

Höchste Zeit umzudenken und Raumplanung sowie Ressoucenmanagement in den Gemeinden neu zu definieren.

DIE ÜBERSICHT

Um diese beiden großen Themen geht es auf den folgenden Seiten:

→ **Viele gute Gründe.** Zum sorgsamen Umgang mit den Ressourcen

→ **Platz für alle.** Bedeutung und Gestaltung des öffentlichen Raums

VIELE GUTE GRÜNDE. ZUM SORGSAMEN UMGANG MIT DEN RESSOURCEN

Natürliche Böden sind die wertvollste Ressource einer Gemeinde. Je mehr davon unversiegelt bleibt, desto besser. Besser fürs Klima, besser für die Lebensqualität in der Gemeinde. Auf unversiegelten Böden wachsen essbare Pflanzen, Bäume, Sträucher, gibt es Platz für Wildtiere. Österreich ist allerdings Europameister beim Flächenfraß. 20 Hektar natürlicher Böden werden hierzulande täglich zubetoniert. Zu besseren Vostellung: Das sind rund 25 Fußballfelder. Dabei gäbe es viele Möglichkeiten, dieser Misere entgegenzuwirken und dennoch ausreichend leistbaren Wohn- und Arbeitsraum für alle zu haben.

Bodenversiegelung

Über die Flächenwidmung lässt sich das Ausmaß versiegelter Flächen klar begrenzen. Wünschenswert sind 30%, noch akzeptabel 50% des Bauplatzes. Das gilt auch für bereits bebaute Flächen, bei Bauänderungen ist die neue Flächenwidmung zu befolgen. Betriebe mit bereits versiegelten Flächen (z.B. Supermarktparkplätze) können durch Anreize oder sanften Druck dazu animiert werden, über diesen Flächen Gebäude – beispielsweise als Superädifikate[1] – errichten zu lassen. Auch Überdachungen mit PV-Anlage sind eine Option. Versiegelung im öffentlichen Raum ist tunlichst rückgängig zu machen. Das ist nicht so schwierig. Parkspuren werden mit einfachen Mitteln durch Baumpflanzungen aufgelockert. Aus asphaltierten und zugeparkten Hauptplätzen lassen sich Grünoasen im Zentrum machen. Auch die Stellplatzverordnung für Neubauten ist zu hinterfragen. Bevor Baugenehmigungen erteilt werden, sollte die Digitale Österreichische Bodenkarte (*bodenkarte.at*) als Entscheidungsgrundlage herangezogen werden. Wertvolle Böden sind vor Versiegelung zu schützen. Humusbildung braucht Jahrzehnte

[1] Bei einem Superädifikat sind Grundeigentümer:in und Gebäudeeigner:in nicht ident.

(im Schnitt 1 mm pro Jahr). Was einmal verloren ist, kommt so schnell nicht wieder. Selbst dann, wenn der Asphalt aufgebrochen und weggeräumt ist. Förderungen gibt es zum Beispiel für das Flächenrecycling (also die Wiedernutzbarmachung von ehemaligen Gewerbeflächen) und auch die Fassadenbegrünung von thermisch sanierten Gebäuden.

Bauen der kurzen Wege

Das württembergische Tübingen zeigt uns, wie eine Stadt der kurzen Wege funktionert. Als das ehemalige Kasernengelände des französischen Militärs frei wurde, eröffnete sich der Stadt eine einzigartige Chance, einen neuen Stadteil nach Kriterien der Nachhaltigkeit zu planen. Das wurde gemacht. Die Stadt der kurzen Wege entstand. Alles, was man zum Leben braucht, ist fußläufig erreichbar. Von der Schule über Geschäfte und Gastronomie bis zu medizinscher Versorgung und Kultureinrichtungen. Wer in die Tübinger Altstadt oder zur Uni will, nimmt das Rad oder den städtischen Bus. Ein Modell, von dem wir lernen können. Bei allen neuen Bauvorhaben ebenso wie bei Revitalisierungen sollte das Leitmotiv der kurzen Wege einen besonderen Stellenwert einnehmen.

Kommunales Leerstandsmanagement

Die Nachfrage nach Wohnraum und Betriebsflächen steigt in den meisten Teilen Österreichs seit Jahren. Dennoch ist es nicht notwendig, soviel neu zu bauen, wie dies aktuell geschieht. Es gibt noch immer viel Leerstand. Spekulation, hoher Sanierungsbedarf, Uneinigkeit der Eigentümer:innen. Die Gründe für die Leerstände sind mannigfaltig. Da sollte die Gemeinde steuernd eingreifen. Gegen Spekulation können beispielsweise Umwidmungen oder Bausperren helfen. Bei historischen Gebäuden greift der Denkmalschutz. Anmietung oder Kauf durch die Gemeinde sind Optionen, die der Gemeinde

die Möglichkeit in die Hand geben, die Nutzung unmittelbar zu beeinflussen. Bei Erwerb von Leeraltbestand wird im Bedarfsfall gründlich saniert und vermietet. Vorzugsweise an ökologische, kooperative oder gemeinnützige Einrichtungen (z.B. Co-Working-Spaces, Reparaturcafé, Kulturinitiative, Gesundheitszentrum, etc.). Davon abgesehen kann die Gemeinde auch vermittelnd tätig werden (z.B. über eine Internetplattform). Um Betriebe im Ortszentrum zu halten oder wieder anzusiedeln, gibt es beispielsweise höhere Förderungen für die thermische Sanierung von Betrieben im Ortszentrum.

Generationenübergreifendes Wohnen

Bau und Betrieb von Einrichtungen für betagte Menschen, die nicht mehr alles alleine bewältigen können oder wollen, sind kostenintensiv. Solange allerdings keine Pflege benötigt wird, erscheint das Modell des Generationenwohnens als bessere Lösung. Menschen unterschiedlicher Altersstufen wohnen in partizipativer Form beisammen. Alle haben ihre eigenen Wohneinheiten und unterstützen einander wechselseitig. Ältere können Kinderbetreuungstätigkeiten übernehmen. Jüngere erledigen Besorgungen. Manche Flächen im Haus sind für die gemeinsame Nutzung reserviert. Die Gemeinde kann solche Projekte durch Beratung, Fördermittel, Grundstücke mit Baurechten, etc. unterstützen.

Bauberatung und Förderungen

Die Bauwirtschaft gehört zu den größten Klimasündern. Gute und umfassende Planung hilft, die Klimabilanz zu verbessern. Das beginnt beim Bauen schon mit der Baustellenplanung, von der Optimierung der Anfahrtswege bis zum Müllmanagement. Für das Objekt selbst sind Auswahl der Baustoffe, Bauweise, Isolierung und Energieversorgung wesentliche Faktoren, die das Klima beeinflussen. Die Gemeinde kann

dazu unter Beiziehung externer Expert:innen Richtlinien erlassen. Ökologische Bauberatung der Gemeinde unterstützt private Bauvorhaben. Und der Bund hilft, indem er die ökologische Sanierung stärker fördert als die Isolierung der Gebäude mit Styropor.

Naturgärten

Das eigene Haus mit Garten ist für viele ein wichtiger Grund, Städte zu verlassen und aufs Land zu ziehen. Die Gestaltung der Gärten orientiert sich dann aber häufig an fragwürdigen Vorbildern, die der Natur kaum Platz lassen. Hier muss die Gemeinde eingreifen. So hat das deutsche Bundesland Baden-Württemberg sogenannte Schottergärten bereits explizit verboten, andere deutsche Länder und Kommunen wollen nachziehen oder haben dies bereits getan. Auch weitere klimaschädigende Maßnahmen, wie der Einsatz von Mährobotern, die Verwendung von Herbiziden, Pestiziden, und Kunstdünger, sollten seitens der Gemeinde, wo immer dies möglich ist, unterbunden werden. Mitunter nützt gute Beratung. Manchmal braucht es Verbote. Darüber hinaus kann die Gemeinde das Anlegen von Naturgärten durch Gratisverteilung von Pflanzen fördern. Wo das Budget dafür nicht reicht, wird es möglich sein, über Kooperationen mit Gartenbaubetrieben Sonderkonditionen zu erzielen, die dann direkt an die Bürger:innen weitergegeben werden.

Fassadenbegrünungen

Nicht nur auf dem Boden trägt Begrünung in Form von Bäumen, Büschen, Wiesen zur Verbesserung des lokalen Klimas bei. Auch auf Fassaden können Pflanzen wachsen. Die Gemeinde fördert das durch Beratung und Pflanzenverteilung oder -verkauf zu Sonderpreisen. Und auch der Bund unterstützt die Maßnahmen im Rahmen der thermischen Gebäudesanierung.

Regionale Abfallwirtschaft

Im Müll steckt viel Potential. Sowohl bei der Vermeidung als auch bei der Nutzung der gesammelten Altmaterialien durch gezieltes Recycling. Müllvermeidung wird vor allem durch Aufklärung erreicht. Die wichtigste Basis für eine hohe Recyclingrate ist ein funktionierendes Trennsystem. Über kommunale Kooperationen und Gemeindeverbände können Kosten bei der Sammlung gespart werden. Darüber hinaus ist aufgrund der größeren Gesamtmengen eine bessere Verwertung der Altmaterialien möglich (Urban Mining). Ziel sollte es sein, einen guten Teil der Sammelkosten durch ertragsoptimierten Verkauf der im Müll enthaltenen Rohstoffe zu kompensieren, sodass die Abfallgebühren für die Bevölkerung niedrig gehalten werden können. Davon abgesehen ist jeder wiederverwertete Altstoff ein Gewinn fürs Klima.

PLATZ FÜR ALLE. BEDEUTUNG UND GESTALTUNG DES ÖFFENTLICHEN RAUMS

Insektenfreundliche Begrünung

Intakte Natur braucht Insekten. Sie dienen als Nahrung für andere Tiere. Vor allem aber können die Pflanzen ohne Insekten nicht existieren. Kein Essen ohne Bienen, Hummeln, Schmetterlinge, Schwebfliegen, Wespen. Die Wechselbeziehung zwischen Insekten und Pflanzen ist von immenser Bedeutung für ein intaktes natürliches Gleichgewicht. Durchdachte Bepflanzungen im öffentlichen Raum und Beratung der Gemeindebürger:innen bei der Gartengestaltung verbessern die ökologische Struktur.

Umwidmungen

Grundstückswidmungen sind Angelegenheit der Gemeinde. Aktuell werden häufig Grünlandliegenschaften zu Bauland. Das führt mitunter dazu, dass Bauland gehortet wird. Die Brachen sind zwar ökologisch sinnvoll, dennoch kann sich eine spätere Bebauung als insgesamt nachteilig für die Gemeinde herausstellen, insbesondere dann, wenn sich die Rahmenbedingungen seit der Widmungserteilung deutlich geändert haben. Dasselbe gilt natürlich auch für Liegenschaften, die für den Straßenbau vorgesehen sind oder waren. Umwidmungen können in solchen Fällen das örtliche Klima nachhaltig positiv beeinflussen.

Erwerb von Grundstücken

Ein probates Mittel zur Schaffung neuen öffentlichen Raums und benutzbarer Grünflächen stellt der Grundstückskauf durch die Gemeinde dar. Wichtige Grundlage dafür ist ein langfristiger Masterplan für die Gestaltung des öffentlichen Raums ganz allgemein sowie der ökologischen Gemeindeziele. Bisweilen kann auch Flächenabtausch helfen, diese Ziele zu erreichen.

Stärkung des Zentrums
Während der vergangenen Jahrzehnte sind im Umfeld – meist an Umfahrungsstraßen – vieler Gemeinden Agglomerationen von Fachmärkten und kleineren Einkaufsmeilen entstanden. Diese – auch als Donut-Effekt bezeichnete – Entwicklung führt zu einer Verödung der Ortszentren. Wichtig für eine Belebung der zentralen Bereiche ist indes eine Verdichtung nach innen (Krapfen statt Donuts). Um die Zentren neu zu stärken, braucht es attraktive öffentliche Räume, konsumfreie Zonen im Zentrum sowie eine passende Möblierung und Begrünung dieser Bereiche. Darüber hinaus ziehen kulturelle Aktivitäten, wie Stadtfeste, Freiluftkonzerte, Ausstellungen oder Interventionen im öffentlichen Raum, die Menschen ins Zentrum. Auch Gelegenheitsmärkte (Bauernmarkt, Flohmarkt, Kunsthandwerksmarkt, Adventmarkt, etc.) tragen dazu bei, die Zentren zu attraktivieren.

Ausstattung des öffentlichen Raums
Elementare Objekte der Gestaltung des öffentlichen Raums sind Stadtmöbel. Vor allem Bänke und Tische, die den konsumfreien Aufenthalt ermöglichen. Möbel allein sind aber zuwenig. Es braucht auch Bäume, die Schatten spenden und die Luft filtern. Wichtig sind zudem Brunnen. Diese schaffen eine angenehme Atmosphäre und tragen in der warmen Jahreszeit zur Kühlung bei. Trinkbrunnen versorgen die Menschen mit dem notwendigen Trinkwasser.

Solarlauben
Wer sich im öffentlichen Raum aufhalten möchte, freut sich über Infrastruktur. Dazu zählt neben Trinkwasser, Schatten und Sitzgelegenheiten auch die Möglichkeit, zu elektrischer Energie für Laptop, Handy, Tablet zu kommen. Solarbänke und Solarlauben bieten dies. Solarlauben ist der Vorzug zu geben. Sie sind besser gegen negative Witterungseinflüsse

geschützt und robuster. Speziell für junge Leute werden so Plätze des sozialen Austausches geschaffen.

Wildbegrünungsplätze
Parks, Blumenrabatten oder Pflanztröge sind klar strukturierte Grünbereiche im öffentlichen Raum. Deren Bepflanzungen folgen meist einem Plan und sollen die Menschen, die sich dort aufhalten, erfreuen. Darüber hinaus gilt es aber auch, die Schaffung von Wildbegrünungsplätzen anzudenken. An diesen wird nach der ersten Basisbepflanzung der Natur mehr Raum gegeben. Diese Flächen sollen nicht begangen oder von Hunden heimgesucht werden, sondern sich von selbst zu Miniwäldchen entwickeln, in denen Wildpflanzen und die mit ihnen interagierenden Tiere Platz finden.

Bienenweiden
Intensivlandwirtschaft und der Wunsch nach pflegeleichten, uniformen Gärten haben in den vergangenen Jahrzehnten zu einem absurden Einsatz von Kunstdünger, Herbiziden und Pestiziden geführt. Das Ergebnis ist eine dramatische Abnahme der Zahl von Insekten. Das ist nicht nur schlecht für Natur und Biodiversität. Das gefährdet mittelfristig auch unsere Ernährungsgrundlagen. Gegenmaßnahmen sind dringend geboten und schon im Kleinen möglich. Für das Anlegen sogenannter Bienenweiden braucht es nicht viel. Auf gemeindeeigenen Flächen werden gezielt solche Blumen, Gräser, Büsche gesät und gepflanzt, die Bienen und andere für die Bestäubung wichtige Insekten brauchen und schätzen. Zum richtigen Mix finden sich die nötigen Informationen unter dem Stichwort „Bienenweide“ im Internet. Auch die Umwelt-NGOs helfen gerne weiter.

BLÄTTERDACH FÜR ALLE. BAUMSCHUTZ AM BEISPIEL DORNBIRNS.

Während Wien als Bundesland ein Baumschutzgesetz für sein Stadtgebiet erlassen hat, sind Städte wie z.B. Dornbirn darauf angewiesen, selbst Regeln für den Schutz der Bäume zu formulieren:

Eine „verwaltungsanweisende Richtlinie zum Schutz von Bäumen“ regelt im Detail, wie städtische Mitarbeiter:innen bei der Baumpflege auf öffentlichen und privaten Baustellen mit Bäumen und Sträuchern umgehen sollen. Auch eine Schulung für alle, die in den Bauabteilungen tätig sind, ist vorgesehen.

Zuerst planen: Im Vorfeld zu Planungen erfolgt auf dem Grundstück eine Bestandserhebung (soweit nicht im Baumkataster). Die detaillierte Erfassung sowie Beurteilung des Baumbestandes ist Planungsgrundlage. Hierbei wird auch der Wurzelbereich der Bäume dargestellt.

Für Wettbewerbe und Planungen wird im Vorfeld definiert, welche Bäume zu erhalten sind. Dies ist als Vorgabe für einen Wettbewerb festzulegen und in die Auslobung aufzunehmen. Die Auslobungsunterlagen werden vor Veröffentlichung im Stadtrat behandelt. Bei Planungen ist darauf zu achten, dass die Bäume entsprechend ihrem Wuchsverhalten ausreichend Raum erhalten und Schutzmaßnahmen (z.B. keine Versiegelung des Bodens im Wurzelbereich – ausreichende Belüftungs- und Bewässerungssituation) vorgesehen werden.

Die Einhaltung von Schutzmaßnahmen für zu erhaltende Bäume in der Bauphase ist als Teil der Ausschreibung zu formulieren.

Bei der Ausführung von Baumaßnahmen sind Bäume so zu schützen, dass keine Beschädigungen durch Geräte oder Maschinen entstehen. Sollte es dennoch zu Beschädigungen kommen, ist unverzüglich der/die Stadtgärtner:in oder seine Vertretung zu informieren, um Maßnahmen zur Schadensbegrenzung rasch durchführen zu können.

Schutzbereich des Baumes

Der Schutzbereich ist als Kronentraufenbereich (senkrechte Projektion der Kronenaußenkante auf den Boden) zuzüglich eines variablen Streifens definiert. Der Schutzbereich ist gemeinsam mit dem/der zuständigen Stadtgärtner:in festzulegen und jedenfalls im Baustelleneinrichtungsplan zu berücksichtigen.
Vor Baubeginn ist ein Baumschutzzaun zu errichten. Dieser muss während der gesamten Bauzeit bestehen bleiben und darf nicht verkleinert werden. Er dient zugleich als Stammschutz.

Wurzelbereich

Besonders sensibel ist der Wurzelbereich, hier zeigen Verletzungen häufig erst einige Jahre nach dem Eingriff Folgewirkungen (Pilzbefall) und führen im schlimmsten Fall zum Verlust des Bestandes.
Bei notwendigen Eingriffen in den Wurzelbereich sind schon im Vorfeld (eine Vegetationsphase zuvor) Maßnahmen (Wurzelvorhang, händisches Untergraben von Starkwurzeln, Schnitt der Wurzeln durch den/die Stadtgärtner:in oder die von ihm beauftragte Fachperson) zu treffen.

Verdichtungen im Wurzelbereich sind zu vermeiden

Der Schutzraum von Bäumen darf nicht als Lagerplatz für Baumaterial oder Aushub und auch nicht als Abstellplatz für Geräte, Baumaschinen und Fahrzeuge verwendet werden.

Kronenbereich
Notwendige Schnittmaßnahmen im Kronenbereich dürfen nur durch den/die Stadtgärtner:in oder eine von ihm beauftragte Fachperson erfolgen.

Kontrollmaßnahmen
Die gesamten Schutzmaßnahmen werden zu Baubeginn und während der gesamten Bauzeit seitens der Stadt oder durch Fremdvergabe kontrolliert und dokumentiert. Eingriffe in die Baumkrone und Wurzelschnitt sowie nachfolgende Pflegemaßnahmen erfolgen ausschließlich durch den/die Baumbeauftragte:n oder seine/ihre Vertretung. Die Stadtgärtner:innen sind bei Gefahr im Verzug befugt, Maßnahmen zur Abwendung einzuleiten, zugleich ist der/die zuständige Projektleiter:in der Stadt zu informieren.

Juliane Alton
ist Grüne Stadträtin für Umwelt- und Klimaschutz sowie Abfallwirtschaft und Wertstoffe

MIT GANZER ENERGIE

Die Basis der Energiepolitik wird in den Gemeinden gelegt. Zum einen wegen des Energieverbrauchs der Haushalte, der Betriebe, des Verkehrs, der öffentlichen Einrichtungen. Zum anderen gewinnt die dezentrale Energieproduktion enorm an Bedeutung.

Photovoltaik auf den Dächern, Windräder auf den Äckern rings um den Ort, Hackschnitzelanlagen in den Dörfern, Erdwärme für die Schule und das Gemeindeamt. Die Möglichkeiten dezentraler Energieproduktion sind vielfältig. Alle können dazu beitragen, Gemeinden klimaneutral zu machen. Doch klimafreundliche Energiegewinnung ist nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen geht es um Energieeinsparung und klimabewussteres Leben. Wir präsentieren hier verschiedene Optionen für Gemeinden. Manche werden vielleicht schon umgesetzt, nicht alle sind überall anwendbar und sicher gibt es viele weitere innovative Ideen. Anregungen sind willkommen. Die Gemeinden werden dabei von Bund und Ländern auf vielfältige Weise unterstützt, allerdings sind vor allem die Bundesförderungen oft unbekannt und werden von Gemeinden häufig nicht abgeholt. GRÜNE Gemeinderät:innen können daher mit dem Hinweis auf die Förderungsmöglichkeiten gut punkten.

DIE ÜBERSICHT

Diese Themen werden auf den folgenden Seiten kurz vorgestellt:

- **Weniger ist mehr.** Welche Energiesparmaßnahmen die Gemeinde umsetzen kann
- **Richtige Belichtung.** Was bei der öffentlichen Beleuchtung möglich ist
- **Förderliche Maßnahmen.** Über die Umstellung auf Erneuerbare
- **Geteilte Freuden.** Der Vorteil von Energiegemeinschaften
- **Sonnenplätze.** Gute Orte für Photovoltaikanlagen
- **UZ46.** Zertifizierter Strom für Gemeinden
- **Batterieauto.** Gemeindefahrzeuge im Elektrobetrieb
- **Bescheid wissen.** Energiesparinfos für Neubürger:innen

WENIGER IST MEHR. WELCHE ENERGIESPARMASSNAHMEN DIE GEMEINDE UMSETZEN KANN

Gemeinden sind nicht nur Verwaltungseinheiten. Wie Haushalte oder Unternehmen sind auch Gemeinden Wirtschaftssubjekte. Gemeinden geben Geld aus, offerieren Dienstleistungen. Vor allem im Bereich der Nachfrage und beim Angebot bestimmter Dienstleistungen können Gemeinden einiges zu Energieeffzienz und Energieeinsparung beitragen.

Isolierung bestehender öffentlicher Gebäude
Gut isolierte Häuser brauchen weniger Energie. Sommers wie winters. Mittlerweile ist die Kühlung im Sommer ein wichtiges Kriterium beim Energieverbrauch. Gezielte Sanierungsmaßnahmen öffentlicher Gebäude (Gemeindeämter, Schulen, Büchereien, Kindergärten, Wirtschaftshöfe, etc.) können erheblich zur Reduktion des Energiebedarfs beitragen. Zu achten ist bei der Auswahl der Dämmstoffe auf deren Klimafußabdruck. Polystyrolplatten auf die Fassade zu kleben, ist dafür nicht nötig, es gibt gute Alternativen. Und für diese wiederum Zuschläge zur normalen Förderung für die Sanierung. Und die Bundesförderung differenziert auch stark nach den Sanierungsqualitäten:
Je besser die thermische Qualität nach der Sanierung, desto höher die Förderung.

Neubaukriterien
Ein klarer Kriterienkatalog bei der Ausschreibung von Gemeindeneubauten hilft bei der Erreichung der Klimaziele. Auch der ökologische Fußabdruck der Lieferfirmen sollte da miteinbezogen werden. Der Billigstbieter aus der Ferne schneidet dann meist schlechter ab als die Betriebe vor Ort. Für Neubauten in sehr hoher Qualität oder aus Holz gibt es auch Bundesförderungen.

Heizen
Pullover und warmes Schuhwerk sind nicht teuer. Weder Schulen noch Gemeindeämter müssen so geheizt werden, dass im Winter alle in kurzen Ärmeln und Sandalen dasitzen. Eine Absenkung der Raumtemperaturen um 1°C bringt rund 6% Energieersparnis. Bei 19° statt 23° sind das fast 25%.

Abwärmenutzung
Eine Gesamtanalyse der möglichen Potentiale für die Abwärmenutzung in einer Gemeinde kann dazu beitragen, dass weniger Heizenergie benötigt wird. Vor allem gewerbliche Betriebe produzieren häufig Abwärme, die meist ungenutzt ins Freie abgeleitet wird. Selbst dort, wo innerhalb des Unternehmens mit der Abwärme gearbeitet wird, liegen oft noch Nutzungsmöglichkeiten brach. Gebäude sind keine Inseln im weiten Ozean. Angrenzende Bauten können in der Regel von einem Energie-Wärme-Verbund profitieren. Die Gemeinde wiederum kann ebendies durch Analyse und Förderungen unterstützen.

Transporte
In jeder Gemeinde fallen Transporte an. Für manches braucht es große Fahrzeuge. Für die Entsorgung des Restmülls oder die Entleerung der Altglasbehälter ist das Lastenrad ungeeignet. Dieses kann aber bestens für den Transport des Büromaterials für Gemeindeamt und Schulen genutzt werden. Auch zur Bauverhandlung muss niemand mit dem Auto fahren. Da reicht ein (E-)Dienstrad vollkommen. Förderungen gibt es für Lastenräder ebenso wie für E-Nutzfahrzeuge.

Beleuchtung
Licht braucht Strom. Mitunter viel zu viel. Mehr dazu im nächsten Kapitel.

RICHTIGE BELICHTUNG. WAS BEI DER ÖFFENTLICHEN BELEUCHTUNG MÖGLICH IST

Natürlich soll niemand im Finstern heimgehen. Aber niemand braucht es in der Nacht taghell. Bei der Beleuchtung öffentlicher Flächen und Gebäude kann viel Energie eingespart werden.

Lichtemissionen

Der natürliche Rhythmus orientiert sich am Tageslicht. Für die Menschen hat sich dies seit der technischen Revolution und dem Beginn kapitalistischer Produktions- und Wirtschaftsstrukturen vor rund 250 Jahren tendenziell geändert. Künstliches Licht verlängert die Tagesarbeitszeit und auch die Nutzungsmöglichkeiten der Freizeit. Menschen halten sich aber nicht nur in geschlossenen Räumen auf. Das künstliche Licht wirkt somit auch auf seine unmittelbare Umgebung. Das hat auf die Tier- und Pflanzenwelt nicht nur positive Auswirkungen. Speziell Vögel werden in ihrem Lebensrhythmus durch die Lichtemissionen massiv beeinflusst und beeinträchtigt. Dies sollte im Sinne einer intakten natürlichen Umwelt auch bei der Lichtplanung in Gemeinden berücksichtigt werden. Darüber hinaus spart die Lichtreduktion Energie und Stromkosten.

Straßen und Wege

Straßen und Wege sollen nicht mit Einbruch der Dämmerung in Dunkelheit versinken. Aber zwischen dem aktuellen landesweiten Standard und kompletter Finsternis gibt es Abstufungen. Je nach Frequenz kann die Beleuchtung des öffentlichen Raums sukzessive heruntergefahren werden. Bis hin zur Abschaltung in den Nachtstunden. Neuralgische Orte wie Zebrastreifen können gesondert beleuchtet werden. Für dunkle Wegpassagen empfehlen sich ab einer bestimmten Uhrzeit Photovoltaiklampen, die über Bewegungsmelder aktiviert werden. Ganz allgemein gibt es mittlerweile eine Vielzahl an energieeffizienten

Beleuchtungskörpern für den öffentlichen Raum, die deutlich weniger Strom verbrauchen als die alten Modelle. Eine Gesamtanalyse des Lichtbedarfs und damit verbundenen Stromverbrauchs bildet die Grundlage der passenden Lösung für die Gemeinde. Umstellungen auf LED Lampen mit entsprechendem Insektenschutz sind auch förderungsfähig.

Außenwerbung
Hohes Einsparungspotential bietet der Verzicht auf Außenwerbung: keine riesigen Billboards, keine stromfressenden Neonreklamen. Dieses Wahlversprechen brachte dem Bürgerbündnis aus Linken und Grünen in der Stadt Grenoble über 40 Prozent der Stimmen. (*Quelle: futurium.de/de/blog/bitte-keine-werbung)*

Gebäudeinneres
Häufig brennen in öffentlichen Gebäuden und Geschäften nachts Notbeleuchtungen. Notwendig ist das nicht. Auch die Schaufenster müssen nicht die gesamte Nach hindurch beleuchtet sein. Natürlich können Private nicht zum Abschalten ihres Auslagenlichts gezwungen werden. Aber Aufklärungskampagnen der Gemeinden („Neudorf schaltet ab“) können mittelfristig zu einem Umdenken führen. Zum Wohle der Energiebilanz und des Klimas.

Sportstätten
Jahrzehntelang war die Flutlichtanlage der Stolz örtlicher Fußballvereine. Lange wurde dafür gespart oder der Kredit abbezahlt. Doch es spricht vieles dagegen, in der Bezirksliga Matches am Freitagabend zu spielen und nicht am Sonntagnachmittag. Die Gemeinden können gemeinsam auf die Planung der Sportligen Einfluss nehmen. Spiele nach Einbruch der Dunkelheit sind zu vermeiden. Den Vereinskassier und die Vogelwelt wird’s freuen. Gut fürs Klima obendrein.

Solarstrahler
Die Effizienzsteigerung von photovoltaischer Energiegewinnung schreitet rapide voran. Gemeinden können sich das für ihr Lichtkonzept zunutze machen. Ein Gutteil der öffentlichen Beleuchtung wird künftig aus Photovoltaikanlagen gespeist werden. Gratisstrom vom Himmel.

LED-Lampen
Die Umstellung der öffentlichen Beleuchtung auf LED-Lampen bringt mehrere Vorteile. Der deutlich geringere Stromverbrauch schont das Gemeindebudget. Das besser fokussierte Licht verringert die Lichtverschmutzung. Das wiederum ist gut für die Tierwelt. Außerdem lässt sich mit LED-Lampen die Lichtfarbe präzise steuern. Für die Umstellung gibt es Förderungen. Die Umstellung auf LED-Beleuchtung in Straßen, Sportstätten und öffentlichen Gebäuden ist förderfähig. Für gute Ergebnisse empfiehlt sich die Inanspruchnahme einer Beratung.

FÖRDERLICHE MASSNAHMEN. ÜBER DIE UMSTELLUNG AUF ERNEUERBARE

Viele Betriebe und Haushalte befinden sich energietechnisch noch immer auf dem Stand der 1970er oder 1980er Jahre. Das hat vielfältige Gründe. Es gibt umfangreiche Förderungen, am Geld liegt es also nicht unbedingt. Bisweilen fehlt es an Informationen. Gemeinden können da helfen. Ein Energieberater oder eine Energieberaterin kann direkt in die Haushalte und Betriebe kommen, um sich die Situation vor Ort anzusehen. Danach wird ein Vorschlag ausgearbeitet, inklusive Förderungs- und Finanzierungsplan. Gemeinden, die nicht eigens eine Person für diese Tätigkeit anstellen können, vernetzen sich mit anderen, sodass die Beratung finanzierbar wird. Oder aber es wird ein Vertrag mit einer externen, auf Energiefragen spezialisierten Firma in der Region geschlossen. Bei der Finanzierung kann die Gemeinde

direkt Fördermittel vergeben, die zuvor in der Budgetplanung berücksichtigt werden müssen. Darüber hinaus können Gemeinden oder Gemeindeverbände bei den Banken günstigere Konditionen erreichen, als dies bei Einzelfirmen oder Haushalten normalerweise der Fall ist. Wichtig ist das Gesamtpaket aus Beratung und Finanzierungsplan.

GETEILTE FREUDEN. DER VORTEIL VON ENERGIEGEMEINSCHAFTEN

Die Produktion von erneuerbarer Energie in größerem Umfang erfordert einiges an Startkapital. Das kann kleinere Gemeinden überfordern. Bürger:innenbeteiligungsmodelle oder Energiegemeinschaften sind in solchen Fällen hilfreich. Windparks können mehrere Gemeinden versorgen. Hackschnitzelanlagen als Fernheizung für den gesamten Ort lassen sich mit einem Mix aus öffentlichen und privaten Mitteln gemeinsam leichter finanzieren. Das Kleinkraftwerk am Fluss kann mehrere Gemeinden mit Strom versorgen. Auch bei der Photovoltaik führen größere Gesamtaufträge zu günstigeren Konditionen. Darüber hinaus haben es Gemeindeverbände leichter, wenn es in Verhandlungen mit dem Land oder Bund darum geht, Fördermittel für Klimaschutzmaßnahmen bei der Energieversorgung zu lukrieren. Gemeindeübergreifende regionale Vernetzung hilft, Synergien zu nutzen. Das gilt nicht nur für die Energiegewinnung sondern natürlich auch für Energiesparmaßnahmen. Wenn sich Gemeinden bei Sanierungsvorhaben zusammentun, bringt die größere Nachfragemacht gemeinhin bessere Konditionen.

SONNENPLÄTZE. GUTE ORTE FÜR PHOTOVOLTAIKANLAGEN

Natürlich kann nicht auf jedem Dach eine Photovoltaikanlage installiert werden. Auf dem spätbarocken Rathaus oder der gotischen Kirche werden die Solarpaneele mit Denkmalschutz und historischer Bausubstanz nicht kompatibel sein. Auf Schulen, Gemeindeämtern, Wirtschaftshöfen sieht das anders aus. Parkplätze, Haltestellenhäuschen, Lärmschutzwände sind ebenfalls gute Standorte für Photovoltaik. Überall dort, wo die Gemeinde selbst entscheiden kann, sollte die Möglichkeit genutzt werden, solche Anlagen einzurichten. Dafür gibt es durchaus auch innovative Ansätze wie Solardachpavillons für den Park oder Miniunterstände im öffentlichen Raum. Private können natürlich nicht gezwungen werden, ihre Dächer mit Photovoltaikanlagen zu bestücken. Manche werden die Kosten scheuen. Da kann die Gemeinde mit Förderungen oder Pachtmodellen aktiv werden. Im Pachtmodell übernimmt die Gemeinde Installation und Betrieb. Die Hauseigentümer:innen erhalten eine jährliche Pacht in Form von Gratisstrom für das Zurverfügungstellen ihrer Dächer. Die Gemeinde kann schon der Stückzahlen wegen zu weit günstigeren Konditionen Dächer mit Photovoltaikanlagen versehen, als dies einzelnen privaten Haushalten möglich ist. Speziell in der Landwirtschaft geht es häufig um große Dachflächen auf Wirtschaftsgebäuden. Die Gemeinde kann ihre Investitionskosten oft besser finanzieren als Landwirt:innen. Speziell dann, wenn Gemeindeverbünde gemeinsam auftreten oder Kooperationen mit dem Land eingehen und die Förderungen nach dem Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG) in Anspruch nehmen.

tostrade per l'italia
strade per l'italia

UZ46. ZERTIFIZIERTER STROM FÜR GEMEINDEN

Die energieautarke Gemeinde ist zwar ein wundervolles Ziel aber nicht immer machbar. Also wird Energie eingekauft. Vorzugsweise sogenannter Grüner Strom. Für diesen gibt es ein eigenes Zertifikat: UZ46. Klar definierte Voraussetzungen müssen von den Anbietern erbracht werden, damit sie ihren Strom mit dem UZ46-Etikett schmücken können. Und zwar: Grüner Strom muss einen Mindestanteil Strom aus Photovoltaik beinhalten, der Rest kann aus Biomasse, Erdwärme, Sonne, Wind oder Wasserkraft stammen. Der Gesamtanteil an Wasserkraft kann bis zu 79% betragen, dabei muss der Anteil an Photovoltaik mindestens 1 Prozentpunkt über der von der OeMAG (Abwicklungsstelle für Ökostrom) zugewiesenen Menge an Photovoltaikstrom sein. Zur Erzeugung von Grünem Strom aus Wasserkraft sind Lauf-, Speicher- und Ausleitungskraftwerke zugelassen, die zu keiner Verschlechterung des ökologischen Gewässerzustandes nach Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG führen. Grüner Strom muss im Portfolio mindestens 10% Strom aus Anlagen enthalten, die nicht älter als fünfzehn Jahre sind (ab Erstinbetriebnahme) oder in den letzten fünfzehn Jahren revitalisiert bzw. erweitert wurden, wobei das elektrische Arbeitsvermögen um mindestens 15% vergrößert werden musste.
(Mehr Informationen dazu: https://www.umweltzeichen.at/de/für-interessierte/der-weg-zum-umweltzeichen/antragsinfo-uz-46-gruener-strom)

DAS BATTERIEAUTO. GEMEINDEFAHRZEUGE IM ELEKTROBETRIEB

Elektromobile gelten als trendy und sexy. Sie produzieren im Fahrbetrieb keine Abgase. Warum also nicht für die Gemeinde ein E-Mobil anschaffen? Kann sinnvoll sein, beispielsweie bei der Auslieferung von Essen auf Rädern oder für den Bauhof. Doch bei allem grünen Enthusiasmus sollten vor der Anschaffung ein paar Umweltaspekte mitbedacht werden. Den größten ökologischen Fußabdruck hinterlässt ein Fahrzeug bei seiner Produktion. So elegant ein Elektromobil im Betrieb daherkommen mag, sofern die Energie dafür Grüner Strom ist, so sehr wurde die Umwelt bei der Herstellung des Automobils bereits belastet. Das gilt für das Fahrzeug selbst und insbesondere für die Akkus, deren Rohstoffe vornehmlich unter durchaus fragwürdigen ökologischen und menschenrechtlichen Bedingungen gewonnen werden. Der Akku macht bei E-Kleinwagen übrigens mehr als 25% des Anschaffungspreises eines E-Mobils aus. Wer etwas für die Umwelt tun will, sollte ein möglichst kleines E-Mobil ins Auge fassen. Die Autoindustrie bietet aktuell allerdings auch bei E-Mobilen vorzugsweise SUVs und Großlimousinen an, denn da sind höhere Gewinne zu lukrieren. Der Umwelt bringt das nichts. Ökologische Fortbewegung heißt nämlich nicht, dass Verbrenner einfach durch ähnliche E-Mobile ersetzt werden. Das wäre aus Kapazitätsgründen auch gar nicht möglich. Es wird 2040, wenn wir die Klimaneutralität österreichweit erreicht haben wollen, nur mehr ein Drittel der aktuell vorhandenen Energie für den Verkehr zur Verfügung stehen. Bei unverändertem Mobilitätsverhalten hieße das, zwei von drei E-Autos stehen vor allem herum. Weil der Strom und die Leitungskapazitäten fehlen, um sie aufzuladen. Das E-Mobil ist somit ein gutes Beispiel dafür, dass

ein komplettes Umdenken bei der Mobilität Not tut. Auch für Gemeinden.

Fazit: E-Mobil in der Gemeinde - ja, aber mit Bedacht und dem Wissen, dass E-Mobil nicht automatisch ökologisch heißt. Mitunter kann die Betriebsverlängerung eines Altfahrzeugs um ein paar Jahre in Summe ökologischer sein, als der Ersatz durch ein neues E-Mobil. Und ganz grundsätzlich gilt: Zu Fuß gehen, Rad fahren und Öffis benützen ist besser für die Umwelt als jedes E-Auto. Und wenn schon, dann sollte dieses möglichst klein dimensioniert sein.

BESCHEID WISSEN. ENERGIESPARINFOS FÜR NEUBÜRGER:INNEN

Österreichs Bevölkerung wächst. Noch immer. Damit auch viele Gemeinden. Speziell im Umfeld der Städte, aber auch entlang der leistungsfähigen Bahnlinien. Zum Ankommen gehören nicht nur Adresse, Meldezettel und Wahlrecht sowie vielleicht die Kontaktaufnahme mit der Pfarre oder einem Verein, sondern auch Wissen über die neue Wohngemeinde. Ein umfassendes Willkommenspaket für Neubürger:innen sollte neben administrativen Informationen über die Müllentsorgung, die Öffnungszeiten des Gemeindeamtes oder die wichtige Infrastruktur (Schulen, öffentlicher Verkehr, Gesundheitsversorgung, etc.) auch alles Wissenswerte zum Thema Energiesparen enthalten. Eigene Informationsabende für die Neubürger:innen, beispielsweise einmal im Quartal oder Halbjahr, helfen beim sorgsamen Umgang mit den Ressourcen und ermöglichen zugleich die Vernetzung. Es ist ja nicht so, dass Umsiedler:innen ausnahmslos in energieoptimierten Neubausiedlungen Quartier nehmen. Und selbst diese Siedlungen weisen nicht immer den Standard auf, der für das Erreichen der Klimaziele nötig wäre. Je mehr Information und Vernetzung desto besser.

DEN HOHEN STROMPREISEN UND DER KLIMAKRISE EIN SCHNIPPCHEN SCHLAGEN

Der Strom aus der Steckdose stinkt nicht. Normalerweise. Doch auf dem Weg dorthin ist nicht immer alles ganz sauber. Noch immer rauchen Kohlekraftwerke, strahlt das Atom. Dabei gibt es längst bessere, kleinteilige Lösungen. Grüner Strom aus Kleinanlagen. Damit sich das rechnet, entstehen hierzulande immer öfter Energiegemeinschaften. So wie die in Pressbaum.

Mit der gesetzlichen Ermöglichung von Erneuerbaren Energiegemeinschaften hat die Bundesregierung eine ganz neue Möglichkeit in Österreich geschaffen, wie zukünftig mit in der Region produziertem Ökostrom einerseits den ständig steigenden Strompreisen, wie auch der Klimakrise Einhalt geboten werden kann.

Der Schlüssel hierfür ist eine deutlich geringere Netz-Durchleitungsgebühr für den Fall, dass der erzeugte Strom gleich in der näheren Umgebung genutzt wird. Um bei so einer regionalen Erneuerbaren Energiegemeinschaft mitmachen zu können – egal ob als Strom-Überlasser:in, z.B. mit einer Solarstrom-Anlage, oder als Strom-Bezieher:in – werden Viertelstunden-Zähler benötigt, welche die Strom-Messwerte alle 15 Minuten erfassen. Diese müssen – bei entsprechender Absichtserklärung – von der jeweiligen Strom-Netzbetreiberin / dem jeweiligen Strom-Netzbetreiber – in unserem Fall von der Netz Niederösterreich GmbH – innerhalb von 2 Monaten kostenlos installiert werden.

Die erste Anlage in Pressbaum, welche den preisgünstigen Solar-Strom in der näheren Umgebung anbieten soll, ist die geplante neue Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des gerade

in Bau befindlichen Feuerwehr-Gebäudes. Der Viertelstunden-Zähler wird genau erfassen, zu welcher Uhrzeit an welchem Tag wie viel Strom erzeugt wird. Wenn die Anlage bei Sonnenschein viel Strom produziert, bekommen die beziehenden Teilnehmer:innen den günstigen Solarstrom. Zu allen sonstigen Zeiten, z.B. in der Nacht oder bei Schlechtwetter, erhalten sie Strom weiterhin von ihrer bisherigen Strom-Firma zu bisherigen Preisen.

In Zukunft soll diese Pressbaumer Erneuerbare Energiegemeinschaft ständig vergrößert werden, um mehr und mehr Privatpersonen und Kleinbetrieben die Chance zu geben, den teuren Strom aus dem Netz teilweise durch günstigeren, regionalen Ökostrom zu ersetzen. Auch sollen dann Privatpersonen und Kleinbetrieben die Möglichkeit bekommen, selbst erzeugten Strom aus eigenen Anlagen am Dach in Pressbaum zu lukrativen Konditionen zu vertreiben. Erwartungsvoll blicken wir der neuen Energie-Zukunft entgegen.

Michael Sigmund
ist Vizebürgermeister der niederösterreichischen Gemeinde Preßbaum

ALLES IN BEWEGUNG

Gemeindeleben bedeutet Bewegung.
Zu Fuß, per Rad, auf Rollern, mit Motorfahrzeugen. Vielleicht sogar wieder zu Pferde. Wir legen tagtäglich viele Wege zurück. Die Gemeinde hat dafür zu sorgen, dass das möglichst sicher geschieht, dass niemand benachteiligt ist und die Klimaziele nicht aus den Augen verloren werden.

In den vergangenen Jahrzehnten, seit den 1950er und 1960er Jahren bedeutete mobiler Fortschritt meist, dass alle ein Auto kaufen und dann mit diesem möglichst überallhin fahren können. Das Radfahren, das Zufußgehen blieben auf der Strecke. Die Straßen und Plätze wurden an die Bedürfnisse des Automobils angepasst. Die Einstellung zur Mobilität ganz generell orientierte sich zusehends am Auto. Der Gratisparkplatz direkt vorm Haus oder die eigene Garage sowie die ungehinderte Zufahrtsmöglichkeit bestimmen bis heute das Denken vieler, wenn es um die Mobilität geht. Doch weder gibt es ein Menschenrecht auf einen Gratisparkplatz noch auf freie Fahrt allerorten mit dem eigenen Auto. Sehr wohl aber auf körperliche und seelische Unversehrtheit und wir erheben auch Anspruch auf eine intakte Umwelt. Genau an diesen Parametern wird sich unser künftiges Mobilitätsverhalten zu orientieren haben.

DIE ÜBERSICHT

Diese Themen werden auf den folgenden Seiten kurz vorgestellt:

- → **Motorlos.** Zur Verbesserung der nicht-motorisierten Mobilität
- → **Breites Spektrum.** Über Fahrbahnbreiten und Querschnitte
- → **Nicht alles ist privat.** Öffentlicher Verkehr am Land
- → **Mit Rad und Tat**. Infrastruktur fürs Rad
- → **In den Beinen.** Gute Infrastruktur für Fußgänger:innen
- → **Eh mobil.** Über die neue E-Mobilität
- → **Hin und her.** Lösungen für Pendler:innen

MOTORLOS.
ZUR VERBESSERUNG DER NICHTMOTORISIERTEN MOBILITÄT

Der Modalsplit ist ein wesentlicher Indikator auf dem Weg zum Ziel. Das Ziel heißt Klimaneutralität. Der Modalsplit zeigt an, wieviel mit dem Auto, dem Rad, den Öffis gefahren und wieviel zu Fuß gegangen wird. Dazu zwei Beispiele.

Graz 2018: 19% der Wege werden zu Fuß zurückgelegt, 19% mit dem Rad, 20% mit den Öffis, 42% mit dem Auto.

Wien 2019: 30% zu Fuß, 7% mit dem Rad, 38% mit den Öffis und 25% mit dem Auto.

Wohin wollen wir? Der Anteil am Autoverkehr muss sinken. Je mehr die Menschen zu Fuß, mit dem Rad und mit den Öffis erreichen können, desto besser fürs Klima. Warum, wenn es doch E-Mobile gibt? Nun, auch Elektroautos sind nicht wirklich klimafreundlich, verbrauchen Ressourcen bei Produktion und Betrieb. Selbst ein stehendes E-Mobil benötigt einen Parkplatz. Der befindet sich oft im öffentlichen Raum. Auf einem Platz, auf dem sich statt eines Autos ein Baum, ein Strauch eine kleine Grünfläche befinden könnte. Das wäre fürs Klima deutlich besser als zehn Quadratmeter Asphaltfläche. Es gilt also, Maßnahmen zu setzen, die das Zufußgehen, das Radeln und die Nutzung der Öffis attraktiv machen. Die Gemeinde kann viel dazu beitragen. Ganz wichtig dabei: Die Kosten für den ruhenden Verkehr auf der einen Seite. Denn Parkplätze kosten Geld und das ist denjenigen zu verrechnen, die diese Stellplätze nutzen. Breite Gehsteige und eine gute Radinfrastruktur stehen auf der anderen Seite. Mehr dazu im Folgenden.

BREITES SPEKTRUM. ÜBER FAHRBAHNBREITEN UND QUERSCHNITTE

Je breiter die Fahrbahn, desto eher lädt sie zum Schnellfahren ein und desto mühsamer wird die Überquerung für diejenigen, die zu Fuß unterwegs sind. Schmälere Fahrbahnen und breitere Gehwege indes bewirken das Gegenteil. Es wird langsamer gefahren, mehr zu Fuß gegangen. Gut bewährt haben sich sogenannte Begegnungszonen. Das heißt: Es gibt eine niveaugleiche Verkehrsfläche für alle. Als in der Wiener Mariahilferstraße zu Beginn der 2010er Jahre die Neugestaltung einer solchen Zone diskutiert wurde, war die Empörung bei konservativen Parteien und Autolobby groß. Doch die Begegnungszone ist ein Erfolgsmodell.

Mittlerweile haben im ersten und im achten Wiener Gemeindebezirk die lokalen Wirtschaftstreibenden von sich aus solche Begegnungszonen initiiert.

In den Niederlanden und Belgien sind sie schon lange Standard. Ob zu Fuß, mit dem Rad, mit dem Auto, auf dem Roller, mit dem Motorrad oder mit dem Bus. Die Aufteilung des Verkehrsraums funktioniert. Die Leute nehmen Rücksicht aufeinander. Die Dominanz des Automobils verschwindet in diesen Zonen ganz von selbst und das nützt der lokalen Wirtschaft. Ein Beispiel für viele Gemeinden. (Übrigens: Die Vorreitergemeinden in Belgien oder den Niederlanden sind keine Großstädte.)

NICHT ALLES IST PRIVAT. ÖFFENTLICHER VERKEHR AM LAND

Mobilitätsgarantie

Früher kam der Postbus fast in jedes Dorf. Das ist Geschichte. Dennoch sollen die Menschen auf dem Land nicht auf ihr eigenes Auto angewiesen sein. Dort, wo zuwenig Frequenz erwartet wird, schreibt das Land keine Lizenzen aus und zahlt nichts. Daher gibt es keinen Anschluss. Doch die Gemeinden können selbst initiativ werden. Eine Option ist der Dorfbus. Mit dem Dorfbus kann die Gemeinde eine Mobilitätsgarantie abgeben. Alle bekommen damit den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln. Der Dorfbus wird sinnvollerweise im Verbund mehrerer Gemeinden betrieben. Ziel ist die Erschließung der Gemeinden und die Anbindung an höherrangige Öffis (z.B. Eisenbahn). Träger des Dorfbusses kann ein Verein sein. Unterschiedliche Optionen sind da vorstellbar. So können die am Verbund teilnehmenden Gemeinden die Vereinsmitglieder sein oder aber alle, die mit dem Dorfbus fahren wollen. Dann wird der Vereinsbeitrag zur Jahreskarte. Förderungen des Dorfbusvereins durch die Gemeinden sind bei diesem Modell möglich.

Öffis am Wochenende

Discobusse gibt es schon lange. Damit soll verhindert werden, dass die jungen Leute nachts betrunken mit ihrem Auto oder Moped nach Hause fahren. Doch das Wochenende besteht nicht nur aus Freitagnacht und Samstagnacht. Auch tagsüber sollten die Menschen öffentlich unterwegs sein können, ohne ein eigenes Auto zu benötigen. Der Dorfbus oder ein Sammeltaxisystem sollten ein Mindestservice von vier Fahrten täglich an den Wochenenden gewährleisten. Damit alle einen Sonntagsausflug unternehmen können und auch wieder nach Hause kommen.

MIT RAD UND TAT. INFRASTRUKTUR FÜRS RAD

Fahrradwege zwischen den Gemeinden

Vielerorts kommt man mit dem Rad schon recht gut und gefahrlos durch die eigene Gemeinde. Weil sich der Autoverkehr auf wenige Straßen konzentriert und dort bereits Radwege vorhanden sind oder ohnehin alle recht zivilisiert und rücksichtsvoll unterwegs sind. Anders schaut es aber beim Radeln übers Land aus. Zwischen den Orten gibt es häufig nur normale Landstraßen. Dort wird flott gefahren, die Straßenbreiten lassen wenig Platz für Autos und Fahrräder. Da ist niemand gern mit dem Rad unterwegs. Abhilfe schaffen können eigene Radwege zwischen den Orten. In Deutschland oder den Niederlanden werden solche Radwege mittlerweile zunehmend als Radschnellrouten ausgebaut. Damit die Menschen mit dem Rad rasch an ihre Arbeitsplätze oder zur nächsten Bahnstation kommen und aufs Auto verzichten. Eine Brücke für einen Radweg – zum Geländeausgleich – kostet nur einen Bruchteil einer Autobrücke, kann aber den Radverkehr enorm beschleunigen. Die Errichtung von Radschnellverbindungen beginnt auch hierzulande. Niederösterreich beispielsweise plant 11 Radschnellwege.

Begegnungszonen

Begegnungszonen sind geteilte Verkehrsflächen. Die teilen sich alle untereinander auf, egal ob sie zu Fuß, mit dem Radl, dem Roller, auf dem Skateboard, mit Rollschuhen, mit Motorrad oder Auto unterwegs sind. Hier gilt Tempo 20. Das System funktioniert. In großen Städten wie in kleinen Gemeinden. Zum Wohle aller und der Umwelt.

PV-E-Bikeladestationen

Elektrofahrräder erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Das Laden der Räder im öffentlichen Raum ist noch schwierig. Während für Autos

sukzessive Ladestationen entstehen, fehlt eine vergleichbare Infrastruktur für E-Bikes. Da sind die Gemeinden gefragt. Wichtig ist bei solchen Ladestationen, dass die Räder während der Ladezeit gesichert sind (z.B. versperrbare Ladeboxen).

Gemeindeeigener E-Lastenradverleih
Lastenräder sind für kleinere Transporte höchst praktisch. Besonders nützlich sind E-Lastenräder. Deren Anschaffung ist allerdings mit erheblichen Kosten verbunden. Für einzelne Haushalte lohnt sich das nicht. Die Gemeinde indes kann Lastenräder anschaffen und zu räsonablen Kosten an die Bürger:innen vermieten.

Versperrbare E-Bike-Boxen am Bahnhof
Radeln ist klimaschonend und vernünftig, Bahnfahren auch. Die Kombination von beidem erst recht. E-Bikes allerdings sind wegen ihrer beträchtlichen Anschaffungskosten ein durchaus lohnendes Ziel für Diebe. Versperrbare E-Bike-

Boxen an den Bahnstationen erleichtern den Umstieg auf Rad und Bahn und verhindern den Diebstahl der wertvollen Elektrofahrräder. Die Gemeinde sollte solche Boxen installieren.

Radrettung und Reparaturboxen.
In Wien hat sich das System der sogenannten Radrettung gut etabliert. Auf Initiative (und Kosten) der Grünen Wien tingeln in der warmen Jahreszeit kleine Serviceteams durch die Stadt. Für mehrere Stunden machen sie an gut frequentierten Orten Station und beheben kleinere Mängel am Rad. Die Nachfrage ist groß, die Termine sind stets ausgebucht. Ein nachahmenswertes Beispiel, das zudem die Kommunikation und Vernetzung der Radler:innen untereinander fördert. Gemeinden können darüber hinaus an gut erreichbaren Orten Reparaturboxen einrichten, in denen Selbsthilfe möglich ist, denn nicht jeder und jede hat das passende Werkzeug daheim, um das Fahrrad in Schuss zu halten. Die Boxen sind videoüberwacht und zugangskontrolliert (z.B. mit Bankomatkarte oder Kreditkarte), damit Werkzeug und Einrichtung sorgsam behandelt werden und nicht abhanden kommen.

Fahrradbörse
Neue Fahrräder kosten zwar nicht die Welt, dennoch kann die Anschaffung eines gebrauchten Radls mitunter vernünftiger sein als der Erwerb eines neuen. Auch gebrauchte Teile sind oft genauso gut wie die neuen. Auf der Gemeinderadbörse, die quartalsweise (oder zumindest zweimal im Jahr) stattfindet, wird getauscht, günstig verkauft, gekauft, geplaudert und die Kultur des Radfahrens im Ort vorangebracht.

Lernen von Lyon
Im französischen Lyon wurde im Rahmen einer Modal-Split-Untersuchung festgestellt, dass eine größere Gruppe von jungen Leuten im Alter

von 18 bis 25 Jahren mangels ausreichender ökonomischer Mittel in ihrer Mobilität stark eingeschränkt ist. Um genau diese Menschen mobiler zu machen und zugleich auch an klimafreundliche Fortbewegung zu gewöhnen, hat die Stadt Lyon eine Gratis-Leihrad-Aktion gestartet. Die jungen Leute registrieren sich und erhalten von der Gemeinde für ein Jahr ein Gratisrad zur Verfügung gestellt. Um Kosten zu sparen schaffte die Stadt Lyon für diese Aktion zu sehr günstigen Kosten Räder an, die aus den missglückten Leihradinitiativen vor einigen Jahren stammen und in ganz Europa auf Halde liegen. Diese Räder werden in verschiedenen sozioökonomischen Projekten wieder instandgesetzt. Mit dieser Maßnahme wird die klimaneutrale Mobilität in der Stadt verbessert und Menschen auf dem zweiten Arbeitsmarkt erhalten einen klimafreundlichen Job. Natürlich ist zu bedenken, dass Lyon als Großstadt andere ökonomische und organisatorische Möglichkeiten hat als eine österreichische Landgemeinde. Aber wenn sich Gemeinden zusammenschließen und gemeinsam vergleichbare Initiativen ins Leben rufen, lässt ich einiges bewegen.

Markierte Sharrows

Radwege sind natürlich die beste Variante für Radfahrer:innen, um sicher und gut voranzukommen. Doch nicht überall ist das Anlegen eines Radwegs gut beziehungsweise zu vernünftigen Kosten möglich. Wenn die Straße eine ausreichende Breite aufweist, können jedenfalls separate Radstreifen eingerichtet werden. Wo auch das nicht möglich ist, bleibt als Teillösung die Option der Sharrows. Mittels Bodenmarkierungen werden Autofahrer:innen auf gemeinsam genutzten Verkehrsflächen auf die Radler:innen aufmerksam gemacht. So lernen Autofahrer:innen, dass ihnen die Straße nicht alleine gehört.

Fürst
Feldb

IN DEN BEINEN. GUTE INFRASTRUKTUR FÜR FUSSGÄNGER:INNEN

Mindestgehsteigbreiten

Zwei Meter Mindestbreite für Gehsteige. Das ist die Empfehlung der Expert:innen und die sollte beim Neuanlegen von Gehsteigen jedenfalls berücksichtigt werden. Allerdings ergibt sich in schmalen Gassen oft das Problem, dass wegen der parkenden Autos die nötige Durchfahrtsbreite für Müllwägen und Feuerwehrfahrzeuge nicht mehr gegeben ist. Das Parken auf dem Gehsteig, das in solchen Fällen oftmals genehmigt wird, ist nicht nur keine gute Lösung, sondern kontraproduktiv für den Klimaschutz. Darüber hinaus ist – abgesehen von Begegnungszonen – eine klare Trennung von Rad- und Fußwegen wichtig. Radfahren auf dem Gehweg ist für beide Gruppen, also für Fußgänger:innen genauso wie für Radfahrer:innen, ein gefährliches Unterfangen.

Begegnungszonen

Mehr zum Thema Begegnungszonen findet sich im Abschnitt *„Mit Rad und Tat“*.

Die 4-B-Regel

Um den öffentlichen Raum fürs Zufußgehen attraktiv zu machen, sollten Gemeindeverantwortliche die 4-B-Regel beherzigen. Diese lautet: Bäume, Bänke, Brunnen, Bedürfnisanstalten. Die empfohlenen Abstände: Bäume alle 30 Meter, Bänke alle 200 Meter, Brunnen alle 500m, Bedürfnisanstalten alle alle 1.000 Meter. Zu beachten ist zudem, dass die Bäume ausreichend Platz haben, um sich zu entfalten und auch zur Überschattung der Fahrbahn dienen. Die öffentlichen Toiletten haben in jedem Fall gratis zu sein. Niemand soll erst Kleingeld suchen oder die Bankomat- bzw. Kreditkarte zücken müssen, um sich erleichtern zu können.

Durchwegungen und Servitute

Zufußgehen soll Freude machen und Vorteile bringen. Dazu braucht es ausreichend Platz und möglichst kurze Wege. Wichtig sind in diesem Zusammenhang Durchwegungen, die dem Auto nicht zur Verfügung stehen. Abkürzungen, die Zeit sparen und entspanntes Dahinschlendern ermöglichen. Diese Durchwegungen sollen keine Geheimnisse für Eingeweihte sondern gut ausgeschildert sein. Dort, wo diese Wege über Wiesengrund führen, sorgt die Gemeinde für die Mahd. Servitutseintragungen seitens der Gemeinde garantieren die dauerhafte Begehbarkeit dieser Wege. So wie es für manche Gemeinden Radwegepläne gibt, sollte auch das Durchwegungsleitsystem in Planform, auf der Gemeindewebsite, der Gemeinde-App oder auf dem öffentlichen Ortsplan zu finden sein. Interessante Anregungen und Beratung zu Fußwegen bietet Walkspace *(http://www.walkspace.at/)*

Behindertenleitsystem

Wer auf Rollator, Rollstuhl, Krücken angewiesen oder sehbehindert ist, braucht besondere Hilfestellungen. Jede Gemeinde kann ohne allzu großen Aufwand ein Behindertenleitsystem entwickeln, das öffentlich kommuniziert wird (z.B. auf der Gemeindewebsite oder der Gemeinde-App). Auch die Leitstreifen für Sehbehinderte sollten auf den Gehwegen zur Standardinfrastruktur gehören. Der „Verein BEHINDERTEN-OMBUDSMANN-Rat und Hilfe für Behinderte“ *(http://vereinbehindertenombudsmann.at)* leistet gerne Unterstützung.

Photovoltaik-Ladestationen

Die beliebten E-Mobile brauchen Strom. Nicht alle haben an ihrem Wohnort die passende Infrastruktur. In Mehrparteienwohnhäusern gibt es noch viel zu selten E-Mobil-Anschlüsse für alle. Zwar wurden mittlerweile die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Installation dieser Anschlüsse verbessert. Doch bis zu einer flächendeckenden und zufriedenstellenden Versorgung werden noch etliche Jahre ins Land gehen. Die Gemeinde indes kann im öffentlichen Raum Ladestationen aufstellen. Wichtig ist dabei, dass die Fahrzeuge mit Grünem Strom aufgeladen werden. Photovoltaikanlagen direkt bei den Ladestationen können dies unterstützen. Hier bietet sich an, Kooperationen mit Supermärkten anzustreben. So lassen sich die Parkplätze, die außerhalb der Öffnungszeiten brachliegen, zusätzlich sinnvoll als Stromtankstelle nutzen.

Fahrtendienste und E-Carsharing

Das eigene Automobil war lange Zeit der Wunschtraum vieler und ein Symbol für Unabhängigkeit. Die Digitalisierung verändert unser Sozialverhalten und unsere Arbeitswelt. Es ist vielfach nicht mehr nötig, jeden Tag zu einem bestimmten Arbeitsplatz zu fahren. Die Fahrfrequenz wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter abnehmen. Anders werden wir unsere Klimaziele auch nicht erreichen können. Für die Fälle, in denen ein Auto benötigt wird, reicht der Leihwagen. Der kann ein gemeindeeigenes E-Mobil sein. Wenn sich die Gemeinden einer Region zusammenschließen und eine gemeinsame Elektrofahrzeugflotte betreiben, wird's einfacher und günstiger. Das Auto wird in der Gemeinde A ausgeborgt, in der Gemeinde B abgestellt. Nach den Erledigungen geht es mit einem anderen Fahrzeug von der Gemeinde B wieder zurück nach Haus. Und für diejenigen, die nicht selber fahren können, wird ein Fahrtendienst eingerichtet. Ebenfalls gemeindeübergreifend regional.

HIN UND HER. LÖSUNGEN FÜR PENDLER:INNEN

Park & Ride bei Bahnstationen
Die Siedlungsringe um die Städte wachsen. Das gilt nicht nur für Wien und die Landeshauptstädte. In manchen Regionen wie dem Rheintal verschmelzen die einzelnen Gemeinden miteinander. Das Pendeln von einer Gemeinde zur anderen, vom Dorf in die Stadt, ist Teil der Arbeitswelt. Das Pendeln mit dem eigenen Auto sollte allerdings sukzessive eingeschränkt oder besser ganz vermieden werden. Es kostet viel und verbraucht unnötig Ressourcen. Besser ist es, in den Zug umzusteigen. Doch nicht in jedem Ort gibt es eine Bahnstation. Also brauchen die Gemeinden mit Bahnanbindung leistungsfähige Park & Ride Anlagen. Am besten in enger Kooperation mit den ÖBB.

Radschnellwege zu den Bahnstationen
Kürzere Entfernungen zum Bahnhof könnten auch mit dem Rad zurückgelegt werden. Dazu braucht es attraktive Radwege zur Station, Radschnellwege. Die Niederlande, Dänemark, Nordrhein-Westfalen zeigen vor, wie das geht. Besser flott und gratis mit dem Rad zur Bahn als kostenintensiv und fallweise im Stau mit dem Auto.

Ummadum-Gemeinde
Über die Moblitätsplattform Ummadum können sich Gemeinden, Betriebe und Private vernetzen und auf Basis eines speziellen Belohnungssystems klimafreundliche Mobilität und Wertschöpfung in der Gemeinde und der Region schaffen.
Mehr dazu auf https://ummadum.com

Mitfahrplattform für Gelegenheitsfahrten
Fahrgemeinschaften zum Arbeitsplatz sind bereits weit verbreitet. Doch was ist mit Einzelterminen in anderen Orten, bei Ärzt:innen oder Behörden beispielsweise? Nicht immer gibt es gute öffentliche Anbindungen. Die Gemeinde richtet dafür eine Mitfahrplattform ein. Wer eine Fahrt zu einem bestimmten Termin anzubieten hat oder benötigt, stellt dies auf die Plattform.
Die Vorteile: Es werden Ressourcen und Kosten gespart, die Leute kommen zueinander und dank der Transparenz gibt es Sicherheit und Vertrauen. Auch Eltern können ihre Sprösslinge so beruhigt alleine in den Nachbarort (mit) fahren lassen. Denn sie wissen ja genau, mit wem der Nachwuchs da unterwegs ist.

VERKEHR GANZ NEU IN GLEISDORF

Im oststeirischen Gleisdorf wird rückgebaut. Aus der zweispurigen Auto-Stadtstraße wird eine Rad-Ringstraße und eine Autospur. Verkehr wird neu gedacht und dafür werden nicht nur Straßen aufgebrochen.

Autofahren hat in der ländlichen Kleinstadt Tradition. Gleisdorf, das Tor zur Oststeiermark, ein Verkehrsknotenpunkt. Hier wird das Herbstfest noch mit Blasmusik und Autoausstellung gefeiert, gleich daneben fertigt Magna Autoteile und dass es eine Autofahrerpartei mit Sitz im Gemeinderat gab, ist noch nicht so lange Geschichte. Dennoch setzt man jetzt auf die Mobilität der Zukunft.

Alles fließt am Gleisdorfer Ring: Platz wird neu verteilt

Auf der **Hauptschlagader des Gleisdorfer Verkehrs** wird der **Platz neu verteilt**: Aus dem Einbahnring mit zwei Autospuren werden zwei Radspuren und eine Spur für den motorisierten Verkehr. Ein großangelegtes Radverkehrskonzept wird die Stadt mit einem Netz an Radrouten durchziehen, das an einer Stelle zusammenläuft: dem Gleisdorfer Ring.

„Wir denken Verkehr ganz neu: Auf den Flächen, die uns zu Verfügung stehen, wollen wir mehr mobile Menschen unterbringen. Und das geht“, freut sich Philipp Sonnleitner, Mobilitätsreferent der Stadtgemeinde Gleisdorf und Grüner Gemeinderat, der das Projekt intensiv vorantreibt.

Das Mobilitätskonzept, das die größte Umgestaltung des Gleisdorfer Verkehrs seit mehr als 20 Jahren darstellt, wird mit dem Land Steiermark und Expert:innen umgesetzt. Das Ziel ist: Alle, die in Gleisdorf wohnen, arbeiten oder

einkaufen, sollen sich hier wohlfühlen. Ganz egal, ob sie mit dem Auto, dem Rad, dem Bus oder zu Fuß kommen. Und durch die Umgestaltung wird nebenbei Platz geschaffen für Bänke, Bäume und Blumen. Mini-Parks, Aufenthaltszonen, Vorkehrungen für ein Car-Sharing System, ein großzügiger Fernwärmeausbau gehen mit dem Straßenumbau einher. Eine Stadt transformiert sich.

Da Verkehr ein hoch emotionales Thema ist, wurde dieser Transformationsprozess mit einer **Testphase** gestartet. Im Juli 2021 wurde ein **Pop-up Radweg** errichtet: Über Nacht wurde aus 2 Autospuren eine Spur für den motorisierten Verkehr und eine Spur für den Radverkehr. Nach Abschluss einer Testphase **bis März 2022**, ging's in die **finale Umsetzung**. Fazit des Tests, der wissenschaftlich begleitet wurde und bei dem die Bevölkerung und die Wirtschaftstreibenden eingebunden waren: Alles fließt! Und: weniger Hektik, weniger Lärm, mehr Lebensqualität und eine neue Haltung.

„Auf der Teststrecke sind Autoverkehr, Fußgänger:innen und Radverkehr gleichberechtigt und das ist eine neue Haltung, die wiederum ein ganz neues Erlebnis bringt. Der Mensch steht im Mittelpunkt“, meint Sonnleitner.

Damit diese neue Art, Verkehr zu denken, schnell Fans findet, gibt es ein groß angelegtes Rad-Technik-Training für die Schüler:innen der gesamten Kleinregion. Von Schulanfänger:innen bis zu Kindern der 6. Schulstufe nehmen jährlich mehr als 1.000 Schüler:innen an dieser Aktion teil. Sie könnten potentielle Radbuddys werden. Diese Community, die von der Grünen Vizebürgermeisterin Katharina Schellnegger ins Leben gerufen wurde, achtet auf Gefahrenstellen auf Radwegen und meldet per Gleisdorf App, sollte es Probleme geben.

Gleisdorf geht mit diesem neuen Verkehrskonzept einen mutigen Weg in die Zukunft. Und dürfte Vorbild für andere Gemeinden werden. Denn viele haben ähnliche Konzepte in der Schublade.

Katharina Schellnegger
ist Zweite Vizebürgermeisterin in Gleisdorf
katharina.schellnegger@gruene.at

WIE SCHMECKT GUTE POLITIK?

Was in einer Gemeinde gegessen wird, hat immer auch Auswirkungen aufs Klima. Da geht es um die Produktion, um den Transport, die Verpackung, um die Böden und natürlich auch um die Gesundheit der Menschen.

Wir bestimmen jeden Tag, was auf unsere Teller kommt. Bei manchem haben wir weniger Auswahl, bei vielem sind die Wahlmöglichkeiten jedoch mittlerweile recht groß. Umsichtiges und vorausschauendes Handeln wirkt sich ganz unmittelbar aufs Klima in der Gemeinde aus. Und zwar aufs meteorologische Mikroklima genauso wie auf das gesellschaftliche. Mehr Miteinander, mehr Füreinander ist auch gut für die Lebensqualität in der Gemeinde. Die Ernährung spielt da eine ganz wichtige Rolle. Wir haben hier Beispiele zusammengestellt, die zeigen, wie wir in unseren Gemeinden dafür sorgen können, dass wir uns besser ernähren und zugleich einen wichtigen Beitrag zur Klimaneutralität leisten können. Manches mag schon bekannt sein, aber vielleicht nicht allen. Und natürlich gibt es sicher noch viel mehr interessante Modelle. Anregungen sind immer willkommen.

DIE ÜBERSICHT

Diese Themen werden vorgestellt:

- → **Klein ist fein.** Smallscale farming
- → **Marktwirtschaft.** Die bäuerlichen Märkte
- → **Der direkte Weg.** Food Coops
- → **Geteilte Verantwortung.** Community Supported Agriculture
- → **Keine Verluste.** Zwischen Ernährungsberatung und Gemeindekühlschrank
- → **Guter Austausch.** Veggie-Messe und Gemüsetauschbörse
- → **Gemeinsam garteln.** Gemeinschaftsgartenprojekte
- → **Kraut und Rüben.** Krautgartenförderung und Jungpflanzeninitiative
- → **Waldschutzgulasch.** Gemeindejagd mit Direktvermarktung in der Gemeinde
- → **Schulmenü.** Wie die Schule zur gesunden Ernährung beitragen kann
- → **Essbares Dorf und Gemeindemenü**. Ziele der Ernährungspolitik in der Gemeinde

KLEIN IST FEIN. ÜBER REGIONALES SMALLSCALE FARMING.

Einen beträchtlichen Anteil an der Klimakatastrophe hat die industrielle Landwirtschaft. Riesige Anbauflächen, enormer Einsatz von Technik, von Dünger, von Pestiziden. Das hinterlässt Spuren in den Böden und beim Klima. Der Trend geht noch immer in Richtung größerer Betriebe. Trotzdem sind Österreichs bäuerliche Unternehmen im Europavergleich klein. 21,1 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche wurden 2020 hierzulande pro Betrieb ausgewiesen. In Deutschland dagegen das Dreifache. Mit den Riesen mitspielen zu wollen, erscheint wenig sinnvoll. Doch es gibt gute Optionen für die kleinteilige österreichische Landwirtschaft. Das sogenannte Smallscale farming. Das nützt auch den Dörfern und Gemeinden. Wertvolle Anbauflächen können so optimal genutzt werden.

Die kleinen Betriebe produzieren saisonal für den regionalen Bedarf. Sie können zudem Anregungen aus der Bevölkerung aufnehmen und sich schnell auf neue Wünsche einstellen. Kleinere Mengen machen mehr Vielfalt möglich. Es gibt keine langen Transportwege, große und teure Lagerkapazitäten braucht es genausowenig wie aufwendige Verpackung. Ein großer Vorteil: Die Wertschöpfung bleibt in der Region. Je mehr in der Region geschaffen wird, desto besser. Weniger Pendeln, weniger Verkehr. Gut fürs Klima und gut für die Lebensqualität. Die Gemeinde kann fördern, vermitteln und – wo vorhanden – auch Gemeindeflächen günstig und gezielt verpachten.

Ein Beispiel: *https://www.marktdererde.at (Anm. Markt der Erde ist eine geschützte Marke. Kriterien auf der Website.)*

MARKTWIRTSCHAFT.
DIE BÄUERLICHEN MÄRKTE.

Wir alle kennen sie, die bäuerlichen Märkte an den Wochenenden. Und doch sind sie seltener geworden. Es gibt weniger landwirtschaftliche Betriebe. Bei eisigem Wind, Regen oder sengender Hitze am Stand zu stehen, ist mitunter eine gehörige Herausforderung. Hinter der vermeintlichen Idylle Bauernmarkt steckt viel zusätzliche Arbeit für die Beteiligten. Doch diese Form der regionalen Direktvermarktung ist wichtig. Sie stärkt die kleinteilige bäuerliche Struktur und ist gut fürs Klima. Was kann die Gemeinde tun, um das zu fördern? Geeignete, gut erreichbare Flächen kostenfrei zur Verfügung stellen. Auch Infrastruktur wie Verkaufstische, Sonnenschirme, Brunnen, Abfallentsorgung am Ende des Marktages. Dort, wo historische Ensembles nicht gestört werden, lassen sich auch Teilüberdachungen mit

Solarpaneelen aufstellen. Die Übernahme der nötigen organisatorischen Aufgaben durch die Gemeinde hilft ebenfalls und natürlich die gute Kommunikation.

DER DIREKTE WEG. DIE FOOD COOPS.

„FoodCoops sind nicht gewinnorientierte, selbstverwaltete Gemeinschaften, die eine Infrastruktur zur Besorgung und Verteilung von fairen und nachhaltigen Produkten (hauptsächlich Lebensmittel) bieten. Alle Mitglieder einer FoodCoop müssen das Recht zur Mitbestimmung haben." So formuliert der Dachverband der österreichischen Food Coops, „Die Interessensgemeinschaft (IG) FoodCoops" sein Selbstverständnis. Worum geht es? Nun: In einer Food Coop finden Menschen zusammen, die Bioprodukte direkt von den Erzeugerbetrieben beziehen wollen. Ohne Zwischenhandel. Die Idee ist nicht neu. Schon Ende des 19. Jahrhunderts entstanden Konsumgenossenschaften, vornehmlich im Umfeld der organisierten Arbeiterschaft, die durch den Direkteinkauf bessere Preise und bessere Qualitätskontrolle für ihre Mitglieder erreichen wollten. Das Modell hat für Abnehmer:innen wie für Produzent:innen Vorteile. Die Food Coops sind an hoher Qualität zu seriösen Preisen interessiert und genau das bekommen sie. Die Produzent:innen haben eine fixe Gruppe an Käufer:innen und müssen sich nicht um die Vermarktung kümmern. Außerdem: Man kennt einander. Das erleichtert vieles. Wie kann die Gemeinde Food Coops fördern? Günstige Mietlokale in gemeindeeigenen Immobilien, Vernetzungsunterstützung, Kommunikation. Vielleicht auch die Initiative zur Gründung.

GETEILTE VERANTWORTUNG. COMMUNITY SUPPORTED AGRICULTURE.

Food Coops sind schon hilfreich für die regionale Nahrungsmittelproduktion. Einen Schritt weiter gehen die Initiativen der Community Supported Agriculture. Worum geht es da? Im Gegensatz zu den Food Coops tragen diese Initiativen auch das Produktionsrisiko mit. Die Mitglieder definieren Beteiligungen an der künftigen Ernte der Produzent:innen. Dafür fließt schon im Vorhinein Geld. Der Vorteil für die Produzent:innen: Sie können besser planen und sind bei schlechten Ernten besser abgesichert. Der Vorteil für die Community: Die Mitglieder können mitbestimmen, was angebaut wird und wenn die Ernte gut ausfällt, gibt's mehr Ertrag für den finanziellen Einsatz. Die Community trägt somit einen Teil des unternehmerischen Risikos, aber sie ist auch in bestimmte Entscheidungen eingebunden. Gut für die Region ist das allemal. Je besser die Rahmenbedingungen für die Produzent:innen, desto besser können sie arbeiten. Die Communities wiederum beeinflussen mit, was in der Region wächst und wie produziert wird. Wie die Gemeinde das unterstützen kann? Die Initiative zur Gründung, die Infrastruktur (z.B. günstiges Lokal), die Vernetzung von Interessierten beider Seiten, die Kommunikation. Das alles hilft. Mitunter werden Subventionen oder Kreditfinanzierung benötigt Auch da kann die Vermittlung der Gemeinde nützlich sein, eventuell sogar mit einer Ausfallshaftung.

KEINE VERLUSTE. ZWISCHEN ERNÄHRUNGSBERATUNG UND ERDÄPFELBÖRSE.

130 Millionen Tonnen Lebensmittel werden alljährlich in der EU entsorgt. Oder etwas deutlicher: weggeworfen. Das sind fast dreißig

Kilogramm pro Kopf. Mehr als ein halbes Kilo pro Woche. Eine enorme Verschwendung, die den Klimawandel weiter anheizt. Manche dieser Abfälle hinterlassen einen besonders großen Emissionsfußabdruck. Rindfleisch beispielsweise macht zwar nur 2% der Lebensmittelabfälle aus, ist aber für 30% der Treibhausgasemissionen dieser Abfälle verantwortlich. Was können wir auf Gemeindeebene gegen solche Verschwendung tun? An erster Stelle steht wohl die Beratung. Viele wissen nicht, dass Lebensmittel, deren Haltbarkeitsdatum abgelaufen ist, noch problemlos verzehrt werden können. Viele können Mengen schwer einschätzen. Sonderangebote aus der Kategorie „Zahl zwei, nimm drei“ verleiten zum unnötigen Mehrkauf. Oftmals werden Nahrungsmittel nur teilweise genutzt. Auch der Brokkolistrunk und die Champignonstiele können gegessen werden. Es gibt keinen Grund, sie wegzuwerfen. Außerdem muss nicht jeden Tag Fleisch auf den Tisch kommen. Ernährungsberatung und Kochkurse können von der Gemeinde gratis angeboten werden. Gute Kommunikation wird für gute Nachfrage dieses Angebotes sorgen. Vor allem dann, wenn die Teilnehmer:innen Spaß bei der Sache haben und hinterher feststellen, wieviel Geld sie mit der neuen, besseren Ernährungsweise sparen. Eine Online-Erdäpfelbörse (auf der natürlich auch andere Nahrungsmittel ausgetauscht werden können) bringt überschüssige Mengen schnell an neue Abnehmer:innen. Klar ist natürlich, dass bei aller Verantwortung privater Haushalte ganz besonders Handel, Gastronomie und kommunale Küchen in die Pflicht zu nehmen sind. Dort wird der Löwenanteil der Lebensmittel entsorgt. Es können private Unternehmen selbstverständlich nicht dazu gezwungen werden, sorgsam mit den Lebensmittelressourcen umzugehen. Aber Aufklärung und Informationsaustausch über Möglichkeiten der besseren Nutzung der vorhandenen Lebensmittel in der Gemeinde wie auch gemeindeübergreifend können viel bewirken.

GUTER AUSTAUSCH. VEGGIE-MESSE UND GEMÜSETAUSCHBÖRSE.

Zwei Nahrungsmittel, zwei Zahlen. Karotten 0,066 g CO_2 Äquivalent, Rindfleisch 13.300 g CO_2 Äquivalent. Klar ist: Wir essen zuviel Fleisch. Das heißt nicht, dass nur eine komplette Umstellung auf vegane Ernährung den Klimawandel stoppen kann. Aber weniger Fleisch und mehr Gemüse wäre ein wichtiger Beitrag. Gemüse können alle, die einen kleinen Garten haben oder einen Balkon, auch selber ziehen. Das macht Freude und ist gut für Gesundheit und Klima. Doch oftmals fehlt es an Informationen, an passendem Saatgut, an Jungpflanzen. Eine von der Gemeinde organisierte Veggie-Messe, am besten noch vor der Aussaatzeit, kann Abhilfe schaffen. Da gibt es dann Beratung, Saatgut, Jungpflanzen von Biobetrieben aus der Region und Schaukochen. Damit sich die Besucher:innen neue Ideen holen können, was sie mit ihrem Gemüse alles anfangen können und welche neuen Sorten sie vielleicht einmal ausprobieren wollen.

Wer einen Gemüsegarten hat, kennt die Erntefreuden. Mitunter gibt es aber auch zuviel des Guten. Soviel, dass gar nicht alles im eigenen Haushalt weggegessen oder verarbeitet werden kann. Nachbar:innen freuen sich dann über Extraparadeiser oder Kürbisse. Vielleicht haben diese dafür zuviel Mangold oder Kohlrabi. Für diesen Austausch kann die Gemeinde in der Erntezeit einfache Tauschbörsen einrichten. Einige Tische und Sonnenschirme an einem zentralen Ort im Freien genügen. Idealerweise sind da auch immer Vertreter:innen der Gemeindepolitik anwesend und können Antworten auf aktuelle Fragen geben oder Anregungen und Wünsche der Bürger:innen sammeln.

GEMEINSAM GARTELN. GEMEINSCHAFTSGARTENPROJEKTE.

Garten braucht Fläche und humosen Boden. Nicht alle haben das. Immer öfter entstehen daher Gemeinschaftsprojekte, bei denen mehrere Mitglieder urbare Flächen pachten und miteinander garteln. Das führt auch zum Informationsaustausch, zum Lernen voneinander. Und es wird zur Selbstversorgung in unmittelbarer Nähe der Wohnung frisches, gesundes Essen produziert. Die Gemeinde kann das unterstützen. Mit Beratung, durch die Verpachtung geeigneter gemeindeeigener Flächen, durch Vermittlung zwischen Verpachtenden und Gartelgruppen. Auch die Abgabe von Jungpflanzen zu Sonderkonditionen an die Gartelgruppen ist eine sinnvolle Förderung. Ein Beispiel: Die Gemeinde sammelt bereits im Herbst Informationen zum voraussichtlichen Pflanzenbedarf der jeweiligen Gruppen und ordert dann bei regionalen Betrieben die nötigen Mengen für die Pflanzzeit. Die Gartelgruppen können diese zu den Selbstkosten der Gemeinde (oder vielleicht sogar mit Rabatt) im Frühjahr beziehen. Der Vorteil für die Betriebe: Ein sicherer Auftrag durch einen verlässlichen Partner, die Gemeinde. Die Gartelgruppen bekommen gesicherte Qualität zu günstigen Kosten. Die Gemeinde fördert lokale Betriebe und erhöht den Selbstversorgungsgrad der Bevölkerung. Ein Modell, bei dem alle gewinnen.

KRAUT UND RÜBEN. KRAUTGARTENFÖRDERUNG UND JUNGPFLANZENINITIATIVE.

Ähnlich funktioniert auch die Krautgartenförderung. Früher hatten am Land fast alle Häuser ihre Krautgärten. In den vergangenen Jahrzehnten kamen Ziergärten in Mode. Die Ziergehölze sind allerdings nicht essbar, oftmals recht

empfindlich, müssen somit gedüngt und gespritzt werden und werden häufig in ein klimaschädliches Ambiente (z.B. Steingärten) eingebettet. Es ist hoch an der Zeit, im Sinne des Klimaschutzes und der gesunden Ernährung die Tradition der Krautgärten neu zu beleben. Dazu kann die Gemeinde einiges beitragen. Wie sieht das konkret aus? Information ist die Basis. Flyer laden die Bevölkerung zum Krautgartenwochenende ein. Am Krautgartenwochenende wird zum einen über Nutzen und Vorteile der Krautgärten informiert. Zum anderen stellt die Gemeinde ihre Fördermaßnahmen vor. Dazu gehören Jungpflanzenbezug bei der Gemeinde zu besonders günstigen Konditionen, Beratung zur Anlage eines Krautgartens, Kochvorführungen. Das Krautgartenwochenende wird im Herbst abgehalten. Die Interessierten können da schon Jungpflanzenbestellungen abgeben. Die Gemeinde ordert die nötigen Mengen bei lokalen Betrieben und gibt die Pflanzen im

Frühjahr zu Selbstkosten ab. Und damit keine Missverständnisse entstehen: Mit Krautgarten sind natürlich alle Gärten gemeint, in denen Essbares wächst. Von den Stachelbeeren über den Salat bis zum Kürbis oder eben den Krautköpfen.

WALDSCHUTZGULASCH. GEMEINDEJAGD MIT DIREKTVERMARKTUNG IN DER GEMEINDE.

Es gibt viel Wild in unseren Wäldern. Vor allem Hirsche, Rehe, Wildschweine. Zuviele von ihnen tun dem Wald nicht gut. Also wird bejagt. Das Ausmaß definieren die Forstverantwortlichen. Es geht darum, dass sich die Baumbestände jeweils ausreichend regenerieren können. Ein guter Teil der österreichischen Wälder befindet sich in öffentlicher Hand. Neben den Bundesforsten, dem größten Waldeigner im Lande, gehören diese Wälder Bundesländern und Gemeinden. Das Wildfleisch aus den Gemeindewäldern ist biologisch, die Tiere hatten ein artgerechtes, glückliches Leben. Ein guter Grund, denjenigen, die gerne Fleisch essen wollen, Wild aus dem Gemeindewald anzubieten. Sinnvoll kann eine Vernetzung benachbarter Gemeinden und die enge Kooperation mit den Jagdpächter:innen in der Region sein, sodass die anfallenden Wildfleischmengen direkt und schnell lokal vermarktet werden können. Die Bevölkerung wird von der Gemeinde informiert. Das Fleisch gibt es bei lokalen Fleischhauerbetrieben oder direkt bei der Gemeinde zu räsonablen Preisen. Auch hier wird umfassende Information im Vorfeld wichtig sein. Speziell gilt es, darauf hinzuweisen, welch wichtige Rolle der Wald für den Klimaschutz spielt, dass er diese aber nur erfüllen kann, wenn der Jungwald eine Chance hat, sich zu entfalten. Dazu braucht es eine Kontrolle des Wildbestandes, die durch rechtlich bindende Abschusspläne gewährleistet wird.

SCHULMENÜ. WIE DIE SCHULE ZUR GESUNDEN ERNÄHRUNG BEITRAGEN KANN.

In Kindergärten und Schulen wird gelernt. Faktenwissen und soziales Lernen sollten einen gleichen Stellenwert einnehmen. Als besonders erfolgreich erweist sich im allgemeinen das gemeinsame Lernen mithilfe praktischer Beispiele. Beim Thema Ernährung können Schule und Kindergarten gleich mehrfach eine wichtige Rolle spielen. In den Kindergärten ist das Essen ein zentraler Bestandteil des Tagesablaufs. Hier geht es darum, den Kindern zum einen gesundes Essen in ausgewogener Zusammensetzung zu servieren und zum anderen die Kinder spielerisch mit den Grundzügen des Kochens und unserer Ernährung vertraut zu machen. In den Schulen öffnen sich noch mehr Möglichkeiten. Vormittagsjause und Mittagessen (in Ganztagsschulen) sollten wesentliche Bestandteile vernünftiger Ernährung für die Kinder sein. Schulessen kann die weiteren Ernährungsgewohnheiten prägen. Darüber hinaus – so zeigen internationale Beispiele – macht gemeinsames Kochen den Kindern große Freude und lehrt sie, Nahrungsmittel richtig auszusuchen und zu verwenden. Im normalen Unterricht werden zudem die theoretischen Grundlagen fürs praktische Tun vermittelt. Eine Gemeinde, die ihren Kindern in der Schule den Umgang mit gesunden Lebensmitteln und das Kochen beibringt, schafft die Grundlagen für eine gesunde Bevölkerung. Auch wenn der Lehrplan dies nicht vorsieht, so kann die Gemeinde von sich aus ein solches Angebot machen. Die Kinder werden gerne mitmachen. Gemeinsames Kochen macht Spaß und schafft Gemeinschaft. In Schulen mit Garten kann überdies eigenes Gemüse angebaut werden. Vorzugsweise Sorten, die während der Schulzeit geerntet werden können und nicht in den Ferien.

FAIRTRADE-GEMEINDEN.
SOZIALE VERANTWORTUNG LEBEN.

Fairtrade. Ja, das kennen wir. Das ist das Zeichen auf der Kaffeepackung. Es zeigt uns, dass die Kaffebauern für ihre Arbeit fair bezahlt wurden. Das Fairtrade-Siegel gilt weltweit. Aber nicht nur für Kaffee. Es gibt viel mehr Produkte und es geht um viel mehr. Nämlich den fairen Handel, den gerechten Austausch unter gleichwertigen Partner:innen. Dazu können nicht nur Privatpersonen sondern auch Gemeinden beitragen. Mehr als 2.000 Fairtrade-Gemeinden gibt es aktuell. Tendenz steigend. Die Gemeinden verpflichten sich, fünf Basiskriterien der Fairtrade-Idee zu erfüllen. Dann erhalten sie das Label Fairtrade-Gemeinde.
Alle wichtigen Informationen dazu:
www.fairtrade.at/aktiv-werden/in-der-gemeinde

ESSBARES DORF UND GEMEINDEMENÜ. ZIELE DER ERNÄHRUNGSPOLITIK IN DER GEMEINDE.

Gute Klimapolitik in der Gemeinde braucht klare Zielsetzungen. Und diese Ziele müssen erreichbar sein. Grundsätzlich empfehlenswert ist die Einsetzung eines eigenen Ausschusses. Dieser Ausschuss sammelt Informationen. Lernen von anderen in ganz Europa ist hilfreich. Aus den Informationen werden Jahresziele abgeleitet und diese dem Gemeinderat zu Beschlussfassung vorgelegt. Wichtig ist, dass die Maßnahmen innerhalb der Fristen realistisch umgesetzt und von der Bevölkerung angenommen werden. Ganz essentiell für die Zielerreichung ist daher umfassende und solide Information. Die Leute müssen genau wissen, warum welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, welche Förderungen es warum und wann gibt.

Und: Was sie persönlich davon haben. Wie die Lebensqualität in der Gemeinde gesteigert wird, was sie sich an Geld sparen können.

Hier zwei hochinteressante Beispiele:

www.incredible-edible-todmorden.co.uk

unfccc.int/climate-action/momentum-for-change/planetary-health/ghent-en-garde

EIN GUTER BODEN

Regional, saisonal, bio, frisch. So hätten wir's gern. So haben sie's aber nicht im örtlichen Supermarkt. Die Alternative heißt: Biohof. Je besser wir die lokalen kleinbäuerlichen Betriebe unterstützen, desto besser Ernährung und Lebensqualität.

Vielen von uns ist klar, dass wir gerne eine relevante Systemänderung hätten, hin zu weniger Ressourcenverbrauch, sowie eine Rückbesinnung zu einem „einfacheren Leben." Ebenso sind wir durch die globale Erwärmung auch gesellschaftlich dazu aufgefordert, etwas zu tun.

Wir, das sind Sarah und Felix, haben uns überlegt, was unser Beitrag zu einer nachhaltigen Welt sein könnte. Essen muss jede Person, und viel zu oft kommen Lebensmittel von weit her, obwohl man sie genauso gut bei uns kultivieren kann. Mit diesem Wissen wurde Kulturgemüse ins Leben gerufen. Ein kleiner Gemüsebetrieb mitten in Neulengbach (Niederösterreich), dessen Ziel es ist, die Menschen in der Nachbarschaft mit frischem Gemüse zu versorgen. Auf unserem 5.000 qm großen Feld wachsen über 70 verschieden Sorten Biogemüse. Von Rucola über Paradeiser bis hin zur Roten Rübe ist alles dabei. Genau dann, wenn das Gemüse Saison hat. Reif sind in etwa 15-25 verschiedene Sorten gleichzeitig, und wöchentlich gibt es Abwechslung.

Der Großteil der Pflanzen wird von uns selbst per Hand aufgezogen, gepflegt und geerntet. Die Wahl der Handarbeit war zu Beginn eine finanzielle Frage, mittlerweile ist es ein Prinzip, von dem wir nicht mehr abweichen wollen. Denn es ist eine schönere Arbeit, mit den Füßen direkt auf dem Boden zu stehen und die Vögel zu hören, anstatt auf einem Traktor zu sitzen.

Auch ist der Mensch bei vielen Tätigkeiten um einiges energieeffizienter als jede Maschine.

Etwa 70 bis 120 Haushalte bekommen in der Saison Gemüse von uns. Immer samstags haben alle Menschen die Möglichkeit, direkt bei uns am Feld ihre Lebensmittel zu kaufen. Einen weiteren Teil unserer Ernte liefern wir mit dem Elektrofahrrad in wöchentlichen Gemüsekisten aus. Wir haben uns bewusst dagegen entschieden, ein Lieferauto zu verwenden. Durch das Elektrofahrrad plus Anhänger sind wir zwar in unserem Lieferradius begrenzt. Das wiederum spielt gerade unserem Wunsch in die Hände, möglichst regional zu bleiben. Auch wenn die Arbeit in den Sommermonaten teilweise viel werden kann, ist es doch jedes Mal ein tolles Gefühl, direkt die Menschen zu versorgen, die einen umgeben. *„Das erinnert mich an meine Kindheit“*, bekamen wir schon einige Male von älteren Personen zu hören. Solche Sätze sind es, die einem zeigen, dass man etwas richtig gemacht hat. Denn es stimmt: viele Dinge, die wir anbauen, schmecken auch anders. So sind unsere Karotten zum Beispiel so beliebt, dass uns Eltern erzählten, ihre Kinder verweigern nun die Karotten aus dem Supermarkt.

Unser Arbeitsprinzip ist nicht von uns selbst entwickelt worden, weltweit werden es immer mehr Menschen, die gerne Gemüse für ihr Umfeld produzieren wollen. Einer unserer Träume ist es, dass man in Zukunft in jeder größeren Gemeinde mindestens einen so ähnlichen Betrieb sehen wird. Natürlich mit seinem ganz eigenen Charakter, denn darum geht es beim kleinstrukturierten Gemüsebau.

Durch die kleine Fläche ist es auch quereinsteigenden Personen möglich, sich landwirtschaftlich zu betätigen. Da nicht so hohe Anfangsinvestitionen notwendig sind.

Dennoch funktioniert das Prinzip des dörflichen, beziehungsweise städtischen Gärtners nur dann, wenn noch siedlungsnahe Freiflächen zur Verfügung stehen. Da sonst ein wesentlicher Vorteil verloren geht. Wenn Gemeinden hier unterstützend wirken wollen, ist es auf raumplanerischer Ebene.
Auch in unserem Fall werden wir irgendwann von unserer derzeitigen Fläche gehen müssen, da sie schon parzelliert wurde und als Baugrund gewidmet ist.

Deswegen sind wir schon auf der Suche nach einem Grundstück das langfristig bewirtschaftet werden kann. Sodass wir das Sortiment noch um Obstbäume und Beerensträucher erweitern können.

Felix Hechtl
betreibt ein Small Farming Projekt in Neulengbach.

EXKURS 1.
FÜRS LEBEN LERNEN – DIE KLIMA-AKADEMIE PARIS

Seit 2014 sitzt mit Anne Hidalgo erstmals eine Frau auf dem Bürgermeistersessel von Paris. Das hat deutliche Auswirkungen auf die Klimapolitik der französischen Hauptstadt. Ziel ist die 15-Minuten-Stadt. Innerhalb einer Viertelstunde sollen die Pariser:innen alles erreichen können, was sie für ein gutes Leben brauchen. Ohne Auto. Damit möglichst viele Menschen – vor allem auch die kommenden Generationen – besser in die neue Klimapolitik eingebunden sind, wurde sogar eine eigene Klima-Akademie gegründet.

Die Klima-Akademie, zuhause im ehemaligen Rathaus des 4. Arrondissements, besteht seit dem Herbst 2021. Hier sollen sich vor allem junge Menschen zwischen 9 und 25 Jahren mit klimarelevanten Themen und sozio-ökologischen Fragen befassen können. Ein wichtiger Aspekt sind neben Informationsvermittlung und Schulungen die Möglichkeit, konkrete Projekte durchführen zu können, zu experimentieren und sich mit anderen auszutauschen.

DIE LEITLINIEN DER KLIMA-AKADEMIE.

So definiert die Klima-Akademie die Leitlinien ihres Selbstverständnisses und ihres Tuns:

Vision. Auf dem Weg zu einer kohlenstoffneutralen und solidarischen Stadt

Mission. Ein Ort der kollektiven Intelligenz und des Handelns, der jungen Menschen zwischen 9 und 25 Jahren die Mittel in die Hand geben soll, die klimatischen Herausforderungen zu verstehen, zu experimentieren, sich zu mobilisieren und gemeinsam Wege in eine wünschenswerte Zukunft zu finden.

Ziele. Das Verständnis für die klimatischen Herausforderungen soll dazu führen, dass konkret gehandelt wird. Es geht darum, an innovativen Lösungen mitzugestalten und notwendige Veränderungen einzuleiten.

Werte. Mit nüchtern wissenschaftlichen Zugängen, kollektiver Intelligenz und Zusammenarbeit, Innovation, Inklusion, Geschlechtergerechtigkeit soll die Klima-Akademie eine Vorbildfunktion einnehmen.

Das sind die neun Themenbereiche, die in der Kima-Akademie vorrangig behandelt werden:

- Ernährung
- Gebäudewesen
- Energie
- Mobilität
- Klimaanpassung
- Biodiversität
- Wasser
- Konsum
- Bürger:innenbeteiligung

Zu jedem dieser Themenfelder sind zwölf Ausbildungsgänge für Jugendliche (9 – 18 Jahre) eingerichtet, die auf Alter, Sensibilität, Geschichte und Ambitionen der jeweiligen Teilnehmer:innen zugeschnitten sind. Ziel ist es, alle gut einzubinden und zum Handeln zu ermächtigen. Jeder Workshop bzw. jedes Modul basiert auf einer Methode, die auf den Prinzipien “Lernen durch Projekte”, kollektive Intelligenz und Experimentieren beruht.

Dazu gibt es jeweils fünf Workshop-Module:

- **Entdecken.** In diesem Einführungsworkshop werden den Teilnehmenden über verschiedene partizipative Spiele bzw. Simulations-/Zukunftsspiele Zugänge zu den aktuellen Umweltproblemen vermittelt.

- **Befassung.** Im Kollektiv gilt es, die Herausforderungen des gewählten Themas zu verstehen und sich damit zu befassen. Dazu gibt es verschiedene Formate wie beispielsweise Rededuelle, Experimente, Zukunftswerkstatt, etc.

- **Erprobung.** Was erst theoretisch erlernt wurde, soll in der konkreten Umsetzung erprobt werden. Dabei geht es um die Anwendung des Know-how in einzelnen Workshops wie Upcycling[2], Pflanzen- und Gourmetküche, Fahrradreparatur, Situationsbeispiele.

- **Mobilisierung.** Die Klima-Akademie soll die jungen Leute nicht nur dazu ermächtigen, selbst Maßnahmen umzusetzen, sondern auch andere zu mobilisieren. Das Mobilisierungs-Modul vermittelt die dazu nötigen Fertigkeiten. So werden Plädoyers verfasst, Mobilisierungskampagnen durchgeplant und aufgesetzt, beispielhafte Gemeinschaftsprojekte für die Schule oder den Stadtteil konzipiert. Besonderen Stellenwert hat in diesem Modul die Kommunikation der Maßnahmen und deren Nutzen.

- **Interaktion.** In diesem Modul wird erworbenes Wissen durch gemeinsame Aktivitäten mit den Partnern der Klima-Akademie in der Realität abgeglichen. Dazu gehören unter anderem das Kennenlernen neuer Berufe sowie konkrete Aktionen in Abstimmung mit den Aktivitäten und Zielen der Partner:innen, damit der angestrebte ökologische Wandel auch wirklich herbeigeführt werden kann. Die Partner:innen der Kima-Akademie – Unternehmen und NGOs – sind in einem eigenen Unterstützungsnetzwerk organisiert.

[2] Upcycling ist eine Methode, gebrauchte Produkte oder Teile durch Umwandlung wiederzuverwerten und in neue, nützliche Dinge umzuwandeln. Speziell im Textilbereich können so Stoffe und Bekleidungsteile gut neu verwendet werden.

Ganz besonderes Augenmerk wird im Modul-Programm der Klima-Akademie darauf gelegt, dass die jungen Leute sich mit neuen Berufsbildern im Zusammenhang mit dem ökologischen Wandel auseinandersetzen und dafür erforderliche Kenntnisse erlernen. Im Fokus dabei: Ernährung, Abfallvermeidung, Biodiversität, Ökobau, Wiederverwertung und Wiederverwendung, Wasser.

Die Klima-Akademie bietet neben den Möglichkeiten zu Schulung und Wissensvermittlung etliche Einrichtungen, in denen konkret an innovativen Lösungen gearbeitet werden kann. Darüber hinaus gibt es auch viel Platz für Kommunikation und Austausch zwischen den Beteiligten.

Das sind die physischen Einrichtungen dafür:

- **Das Gründerzentrum.**
  Das Gründerzentrum ist ein Raum, in dem junge Unternehmen ihre innovativen Projekte vorstellen und mithilfe der Klima-Akademie und ihrer Partner:innen entwickeln können.

- **Do-it-yourself- und Reparatur-Workshops.**
  Der Schwerpunkt liegt auf Fahrradreparaturen und Holz-Upcyling sowie Reparaturen von Geräten.

- **Labor für ökologisches Bauen.**
  Im Öko-Baulabor werden innovative Lösungen bei der Renovierung verschiedener Pariser Gebäudetypen zur Senkung des Energieverbrauchs (z.B. Holzfasern, Kork, Baumwolle) getestet, validiert und mit herkömmlichen Standards verglichen.

- **Die Küche.**
  In der Küche werden Workshops abgehalten, die Wege in klimabewusste Ernährung vorzeigen.

- **Die Arthur-Rimbaud-Bibliothek.**
  Die Bibliothek der Klima-Akademie mit bereits rund 15.000 Büchern und 1.500 Comics bietet Zugang zum Pariser Bibliotheksnetz sowie 7 Multimedia-Stationen und wird aktuell um klimarelevante Spezial-Literatur erweitert.

- **Die Manufaktur.** In der Manufaktur wird textiles Upcycling betrieben. Hier werden die Grundlagen des Nähens und textilen Gestaltens vermittelt. Erfahrene Expert:innen geben Anleitungen. Die Manufaktur steht nicht nur Jugendlichen offen. Ihr Angebot richtet sich explizit auch an Erwachsene (zur Professionalisierung im Rahmen berufsbildender Maßnahmen).

- **Öko-Working-Bereich, Cafeteria, Hof.**
  Diese Orte bieten Platz für spontanes (Zusammen-)Arbeiten, informellen Austausch und das Knüpfen neuer Kontakte.

- **(ehem.) Festsaal und Hochzeitssaal.**
  In diesen großen Sälen sind Ausstellungen zu sehen, es gibt Diskussionsveranstaltungen, Feste. Hier können aber auch nach Bedarf temporäre Gruppenwerkstätten eingerichtet werden.

Unterstützt wird die Klima-Akademie nicht nur durch die Stadt Paris sondern auch durch die Edgar-Morin-Stiftung für Soziologie, Philosophie und Ökologie sowie ein breites Netzwerk an kooperierenden Organisationen und Bildungseinrichtungen.

Share More
Consume Less

EXKURS 2.
NACHHALTIGE BESCHAFFUNG

Gemeinden benötigen viele Produkte und Leistungen, die sie nicht selbst herstellen. Der Kauf dieser, die so genannte Beschaffung, unterliegt gesetzlichen Regelungen.

Ob Errichtung von Gebäuden, Kauf von Fahrzeugen, Reinigungsmitteln oder Veranstaltungen ... Wofür sich Gemeinden entscheiden, ist hoch relevant: Denn die Mengen, die sie beschaffen, sind im Vergleich zu Privaten erheblich und sie haben mit ihren Kaufentscheidungen Vorbildwirkung für die Bürger:innen. 2021 hat sich der Bund zu nachhaltiger Beschaffung verpflichtet („naBe-Aktionsplan“) und einige Bundesländer sowie Gemeinden machen bereits mit.
Dafür ist ein entsprechender Beschluss im Gemeinderat bzw. Landtag erforderlich – den Antrag dazu könnt Ihr auch als Oppositionspartei einbringen! Für alle Fragen rund um die Beschaffung der öffentlichen Hand steht die Bundesbeschaffung GmbH (BBG) zur Verfügung und es gibt eine eigene Servicestelle für nachhaltige Beschaffung. Die Bundesverwaltungsakademie bietet dafür spezielle Schulungen an. Aber auch wenn die Gemeinde sich nicht vollumfänglich zu nachhaltiger Beschaffung bekennt, sind die Anregungen für einzelne Entscheidungen gut umsetzbar. Darüber hinaus sollten wir bedenken: die nachhaltigste Kaufentscheidung ist zumeist die, die gar nicht getroffen wird, sondern wenn das Bestehende länger genützt wird, beispielsweise durch Sanierung eines Gebäudes. Oft ist auch gemeinsames Benützen, das so genannte „Sharing“, eine sinnvolle, ressourcenschonende Alternative – z.B. für weniger häufig gebrauchte Arbeitsgeräte.

Aktionsplan für nachhaltige Beschaffung:
www.nabe.gv.at/

Schriftenreihe des Gemeindebundes:
gemeindebund.at/website2020/wp-content/uploads/2020/07/rfg-23-2018-das-neue-bundesvergaberecht.pdf

Bundesbeschaffungsgesellschaft bietet Unterstützung, auch kostenfrei:
www.bbg.gv.at/information/vergaberecht.

Weiterführende Grundlagen-Literatur.

Stefan Probst, Grüne Grundwerte, Überlegungen zu den ethischen Grundlagen grüner Politik, Planet Verlag
https://noe.gbw.at/artikelansicht/beitrag/gruene-grundwerte/

Marie-Monique Franssen, Dirk Holemans, Philsan Osman; Für wen wollen wir sorgen? Ökofeminismus als Quelle der Inspiration; Spittelberg-Verlag.
Gratis beim Verlag erhältlich:
spittelberg-verlag.at

IMPRESSUM:
Herausgeber:innen & Medieninhaber:innen: FREDA - Die Grüne Zukunftsakademie und Abg.z.NR Elisabeth Götze, Sprecherin für Wirtschaft und Innovation, Gemeinden und Städte, Grüner Klub im Parlament
per Adresse 1060 Wien, Loquaiplatz 12, Top 4
Redaktion und Texte: Elisabeth Götze, Michael Schmid
Fachliche Beratung: Rüdiger Maresch
Bildmaterial: Michael Schmid, Katharina Schellnegger, Felix Hechtl, Michael Sigmund, unsplash.com, Chabe01
Layout: Christoph Gratzer, Druck: druck.at

VON GRUND AUF GRÜN.

WEGE ZUR KLIMANEUTRALEN GEMEINDE.

Das gute Klima beginnt im Kleinen. In den Gemeinden. Da gilt es, mit den Klimaschutzmaßnahmen anzufangen.

Es gibt dazu viele interessante Studien, gute Publikationen. Umfänglich, von Fachleuten verfasst, mit Expertisen untermauert. Gut, die zu haben. Aber es braucht auch die leicht fasslichen Informationen, für den schnellen Überblick. Für die tägliche Arbeit an der Basis.

Genau das bietet diese Broschüre. Knapp gefasste Hinweise zu dem, was in der Gemeinde umgesetzt werden kann. Unterteilt in die vier großen Bereiche Energie, Ernährung, Mobilität, Raumplanung. Ergänzt durch erfolgreiche Fallbeispiele und Links zu weiterführender Literatur sowie den wichtigen Zugängen zu Förderungen.

Eine Broschüre von FREDA - Die Grüne Zukunftsakademie und dem Grünen Klub im Parlament

FREDA
DIE GRÜNE
ZUKUNFTS
AKADEMIE

GRÜNER KLUB
IM PARLAMENT